

400 Tage nach der Räumung der Häuser Aegidi/Spalo: Das war »die Demo«

Medienhetze und Verbotsdrohungen zum Trotz zogen am 15. September an die Tausend Leute durch die Wiener Innenstadt. Für menschenwürdigen Wohn- und Lebensraum, für die Gleichberechtigung der AusländerInnen, für die Organisation des tagtäglichen Widerstands von unten und für noch vieles mehr. Mit dabei natürlich: ein

Großaufgebot Polizei.

In diesem TATblatt bringen wir einen Bericht über die Vorgeschichte der Demo, ihren Ablauf und ihr Nachspiel; darüberhinaus eine erste Einschätzung und wie immer: Die Polizei live im Originalton — das Protokoll des Polizei-Demo-Funks.

Außerdem:

Wien:
**Listige Umtriebe am
Heldenplatz
Eine Aktion für Totalver-
weigerung**

Seite 8

**Ein halbes Jahr danach:
Verurteilungen in
Opernballprozeß**

Seite 11

**BürgerInneninitiative
gegen Fast-Food-Lokal
in Vorchdorf**

Seite 12

**BRD:
Elektroschocks gegen
politische Gefangene**

Seite 16

**Euskadi:
Protestaktionen in Ge-
fängnissen**

Seite 19

u.v.a.

Impressum Seite 24

(TATblatt-Wien)

VORGESCHICHTE

Für den 11. August, den 1. Jahrestag der Räumung der ehemals besetzten Häuser Aegidigasse 13 und Spalowskygasse 3, hatte die Gemeinschaft der ehemaligen BewohnerInnen zu einer "Demonstration gegen Staat und Gesetz" aufgerufen. Die inzwischen über ein Jahr Obdachlosen hatten die inhaltslosen "Scheinverhandlungen" mit der Gemeinde endgültig satt. Ende Juli, eben

demonstriert würde.

Die Demonstration wurde auf den 15. September, den 400. Tag nach der Räumung verlegt.

Nicht etwa, weil den Verlautbarungen der Vizebürgermeisterin Glauben geschenkt wurde, sondern weil die politischen Vorteile der Verlegung nicht zu übersehen waren:

— Der von der Gemeinde gewählte Räumungstermin war ja nicht zufällig



mit Näherrücken des 11.8., kam plötzlich ein wenig Bewegung ins Geschehen.

Vizebürgermeisterin und Sozialstadträtin Smejkal, die monatelang Verhandlungen lediglich mittels amtlicher Verlautbarungen über Medien geführt hatte, kündigte die Bereitstellung eines geeigneten Hauses für Ende August an. Das Angebot sollte aber nur gelten, wenn am 11.8. nicht

mitten im "Sommerloch" gelegen. Das starre Festhalten am indirekt von der Gemeinde gewählten Termin 11.8. hätte nur eine (von den PolitikerInnen bezweckte) Schwächung unserer Aktivitäten bedeutet; Mitte September, so wurde angenommen, ließen sich mit Sicherheit mehr Menschen für die Teilnahme an dieser Demonstration bewegen als mitten im Sommer.

— Die Emanzipation von der Gemeindevorgabe böte außerdem die Möglichkeit, mit anderen politischen Gruppen eine breitere Plattform gegen das rigide politische Klima in dieser Stadt/diesem Land zu bilden. Geradezu logische Verbündete wären ja schließlich AusländerInnengruppen, MieterInneninitiativen und alle sogenannten "Randgruppen" (z.B. HOSI,...)

— Und die Chance, durch die Erfüllung der Smejkal'schen Forderung die scheinbare Verknüpfung von "Haus" und "Wohilverhalten" als miesen Schachzug zu entlarven, sollte auch nicht ungenutzt gelassen werden.

Eigentlich unnötig zu erwähnen, daß Ende August längst vorbei ist, und es noch immer keine neue Bleibe für die Ägidis/Spalos gibt.

DIE VORBEREITUNG

Unglaublich, aber wahr,.....ein Demonstrationsbündnis kam tatsächlich zustande. In einer Vielzahl von Flugblättern wurde zum Besuch der Demonstration aufgerufen. Durch die Vielfalt der Gruppen und Aufrufe entstand so ein sehr breites Spektrum von Anliegen, Forderungen,....

Die Demonstration vom 15.9. war nicht mehr nur eine gegen Obdachlosigkeit, sie war "DIE DEMO" geworden, innerhalb derer sich möglichst viele von Ausgrenzung, Entmenschung und Ausbeutung Betroffene und Bedrohte wiederfinden können sollten.

Entsprechend bunt war auch die sonstige Mobilisierung:

Die (unseres Erachtens grauslichen) "eat the rich"-Plakate hatten ebenso Platz wie das Bild einer pfäuchenden Katze, die der/m LeserIn die 1000 Gründe, gegen den Staat zu sein, aufzählte. Die Forderung nach einem 9mm Loch im Zilk'schen Knie ebenso wie die nach 10 000 öS Basislohn, 35 Stunden-Woche (das warn wohl die Revi's, da sind ja selbst die Schmetterlinge schon weiter; d.Sätzer) oder menschenwürdigen Wohn- und Lebensraum.

Um der medialen Hetze (und Lügenpropaganda; das muß auch klargestellt werden) etwas entgegen zu setzen, fuhrn AktivistInnen mit Lautsprecherwagen durch weite Teile der Stadt und informierten die Menschen über die Forderungen und Anliegen der DemonstrantInnen. Ebenso beteiligten sich unbekannte GenossInnen mittels Piratenfernsehsender an der Mobilisierung.

DIE HETZE

Bereits eineinhalb Wochen vor dem angekündigten Demonstrationstermin begann das Rathaus medial zurück zu schießen. Den DemonstrantInnen ginge es nicht um Wohnraum, vermutete Smejkal im Wiener Stadtfernsehen unisono mit der Staatspolizei im Kurier, denn sie hätten

Die drei "großzügigen Angebote" wären:

- Ein Haus am Gelände neben dem Alberner Hafen. Dieses Gelände ist mit öffentlichen Verkehrsmittel nicht zu erreichen. Außerdem könnten im Haus bestenfalls 25 Personen Platz finden. Abgesehen davon, daß es direkt neben einem Übungsplatz der Polizei gelegen ist, ist es außerdem noch bewohnt. Die MieterInnen sollen von der Gemeinde delogiert werden.
- Währinger Gürtel 104: Auch dieses Haus ist für alle Ägidis/Spalos viel zu klein. Darüber hinaus wären Werkstätten und Konzert- sowie Beislbetrieb an diesem Ort nicht denkbar. Das Haus ist Teil eines Bautenkomplexes, dessen restlichen BewohnerInnen verständlicherweise gegen den entstehenden Lärm protestieren würden (das da verschiedene Auffassungen von Lebensformen bestehen, ist ja wohl Tatsache). Konflikte und womöglich eine neuerliche Räumung wären über kurz oder lang wohl nicht zu vermeiden.
- Triesterstraße 113: Die Gründe, die zur Ablehnung dieses Hauses durch die VertreterInnen der Hausgemeinschaft führten, sind oben nachzulesen. Zu klein, zu abgelegen, noch bewohnt...
Sehr großzügig, die netten Menschen im Rathaus, was?

schließlich drei großzügige Angebote der Gemeinde zurückgewiesen. Die Kronenzeitung vermutete gar finstere "politische Absichten" der DemonstrantInnen, da in den Flugblättern zu "Klassenkampf von unten" und gegen den "Kapitalismus" mobilisiert würde. Die Presse wußte am Tag der Demonstration von extra aus der BRD und Italien herangereisten Berufs-demonstranten zu berichten. Zu diesen Unterstellungen sollte eigentlich gar nichts zu sagen sein,....außer, ja, außer, daß gerade die Hetze gegen die Demonstration eine nicht zu unterschätzende Mobilisierung bedeutet. Viele, die auf Grund der Ghetto-situation innerhalb der "Szene" niemals von solchen Demonstrationen erfahren würden, haben erst durch die Medienhetze mitgekriegt, daß diese Demonstration als Gefahr, zumindest aber als Affront gegen die herrschende Politik angesehen wird. In dem Maß, in dem KroKuWAZ und Regierungsfunk uns zur Gefahr für das Staats-ganze hochstilisieren, werden wir von

jenen, die sich (aus welchem Grund auch immer) als im Widerspruch zum Staat oder einer seiner Teile stehend begreifen, auch wirklich als Opposition angesehen. Menschen, die nach Möglichkeiten zum Ausdruck ihres Protestes suchen, werden dann auf unsere Aktionen ansprechen (d.h. aber nicht, daß wir z.Z. tatsächlich in der Lage sind, effektiven und breiten Widerstand zu organisieren; nur die Voraussetzungen sind besser geworden). Die Polarisierung besteht also darin, daß mehr Menschen als bisher für radikale linke Politik zu mobilisieren wären, die Repression gegen die Linke aber ebenso stärker wird. Unter diesen Bedingungen ging am 15.9. frühmorgens die Sonne auf.

DIE DEMO

Kurz vor 20 Uhr setzt sich ein Zug von 800 bis 1000 Menschen in Bewegung. Menschen, die sich trotz Medienkampagne (und Wetter) nicht davon abhalten lassen wollen, ihr Demonstrationsrecht auch in der Innenstadt und in Einkaufstraßen durchzusetzen (selbiges hatten nämlich Zilk und Bögl vorher via Kurier abgeschlossen). Aber auch die Polizei bewies Durchsetzungswillen: Statt sie zu verbieten wurde die Demonstration als wandernder Polizeikessel durch die Straßen eskortiert. Alle Nebenstraßen waren mittels "technischer Sperren" unpassierbar gemacht worden (wobei die hinter den Gittern stehenden Beamten übrigens nicht als "technische Sperre" angesehen werden). Erstmals wurde in Wien eine vollständige Demonstration von einem zweireihigen Polizeispalier über Stunden zusammengepfercht. Hier noch von "Demonstrationsrecht" zu sprechen, ist fehl am Platz! Demonstriert hat am vergangenen Freitag die Polizei: über tausend Beamte im Einsatz, Heerschau wettkampferprobter Sonderheiten im modischen "starwars"-outfit (siehe Photo) unter Zuhilfenahme verschiedenster technischer "Gustostücker!" (etwa eines Barrikadenräumfahrzeuges). Als erwähnenswertestes Ereignis ein Nichtereignis: Niemand hat die Nerven verloren. Daß dennoch zu Beginn der De-



STAR WARS 4 — heute in Wien

monstration Personen verhaftet werden sollten (bis auf eine konnten alle befreit werden), ist auf Provokationen einzelner Polizeibeamte zurückzuführen. Dank der massiven Polizeipräsenz (und erheblicher Fehlreaktionen der "Laut"sprecherwagenbesatzung) konnten etwa 10 Skinheads die Demonstration ungehindert begleiten. Hinter zwei Reihen Polizisten läßt's sich eben leicht "Sieg Heil" schreien. Gegen 22 Uhr löste sich die Demonstration am Karlsplatz auf.

NACHSPIEL

Nach Ende der Demonstration ging es aber erst richtig los. Die Polizei startete den inzwischen scheinbar traditionellen Angriff auf unsere Infrastruktur. Nach etwa dreihundert Meter Fahrt wurden Lautsprecherwagen und Sanitätsbus angehalten: Fahrzeugkontrolle. Während der Sani-Bus relativ schnell wieder weiterfahren konnte, legten die Beamten der Sondereinsatzgruppe "Biber" bei der Erstürmung des Lautsprecherwagens einen Beweis des hohen Niveaus ihrer Nahkampf Ausbildung ab: Die Türen wurden aufgerissen, die InsassInnen auf die Straße gezerrt und an der Wand stehend nach Waffen abgeklopft. Als sich eine Passantin nach einem am Boden lie-

geschlossenen befreit werden können. Abermals eine Schlägerei. Zu früh hat sich die Kette der "BefreierInnen" aufgelöst; die Beamten haben wieder Raum, ihre



Knüppel und Fäuste einzusetzen. Wieder werden Menschen von der Polizei isoliert und von den umstehenden Personen befreit. Am Ende bleibt ein Unglücklicher in Handschellen über. Quasi als Trophäe wird er den inzwischen herbeigeeilten JournalistInnen präsentiert und danach ins Polizeigefangenenhaus abtransportiert. Vom Verhalten der Polizei schockierte PassantInnen beginnen mit dem Einsatzleiter (Zander; spät, aber eben doch) zu diskutieren, wollen den Grund der Fest-

fensivem Verhalten der DemonstrantInnen und Reaktionen auf Polizeiaktionen unterscheiden. Die Angriffe auf die Polizei anlässlich des heurigen Opernballs waren spontan und unorganisiert, aber dennoch gewollt: also offensives Vorgehen gegen verhasste Symbole der Macht. Die oben von uns recht ausführlich beschriebenen Befreiungsaktionen waren hingegen Reaktionen auf eine, von der Polizei gezielt gesetzte Provokation. Wir hatten — entsprechend dem Demonstrationsverlauf — nicht damit gerechnet, daß die beiden Fahrzeuge angehalten werden würden. Doch die Polizei hält sich nicht an unsere verquere Logik.

Die Polizei hat nach dem Opernball ordentlich die Schulbank gedrückt. Alle Achtung vor ihrer Taktik: Den Medien haben sie "Deeskalation" vorgegaukelt. Gleichzeitig stellen sie mittels hunderter schwerbewaffneter "Beamter" klar, daß Protest (und gar Widerstand) nicht die geringste Chance hat, einfach mit Gewalt unterdrückt wird. Das aus zwei Bierflaschen und einem Kanister Benzin für das Stromaggregat in der polizeilichen Darstellung wieder Brandgeschosse geworden sind, trifft nicht nur Ägidis/Spalos bzw. die zu dieser Demonstration aufrufenden Gruppen. Sollte dieses Vorgehen Praxis werden (das haben wir auch schon nach Opernball und Weltbankdemo geschrieben), wird das Mitführen von Verstärker- und Lautsprecherwagen in Zukunft auf ALLEN Demonstrationen verunmöglicht werden.

Sie wollen den mobilen Demokessel, der ungesehen und ungehört durch die Straßen bugsiert wird. Zur Durchkreuzung dieses Planes werden defensives Warten auf die Aktivitäten der Polizei und darauf folgende verzweifelte Abwehrversuche unsererseits nicht ausreichen. Die Forderungen, die wir am 15.9. lautstark in der Wiener Innenstadt propagieren wollten, werden wir nur mit offensiven, phantasievollen und unseren Möglichkeiten angepaßten Mitteln erreichen können. Wille zur gemeinschaftlichen und solidarischen Diskussion innerhalb der radikalen Linken, Bereitschaft, die Ergebnisse unserer Diskussionen nach "außen" weiter zu vermitteln und Kontinuität in der jeweils gewählten Form politischen Widerstandes sind Voraussetzung für die Überwindung unserer Isolation und unserer Kraftlosigkeit.

Ohne die Verantwortung auf die anonyme Masse abwälzen zu wollen:

Es liegt an uns, eine Wiederholung der Ereignisse vom 15.9. zu verhindern (auch wir haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen).

AutorInnen: TATblatt-Wien



genden Notizblock bückt, provozieren die Beamten eine Massenschlägerei. Die Frau soll festgenommen werden, was die Umstehenden aber nicht zulassen wollen. Den Beamten gelingt es kurzfristig, drei Personen zu isolieren und gegen eine Mauer zu pressen. Die ZuseherInnen bilden eine Kette und drängen die Beamten vier bis fünf Meter zurück, wodurch die Eingeh-

nahme erfahren. Dieser will jedoch nichts von einer Festnahme gesehen haben.

FRISCH AUS UNSEREN KÖPFEN

Wenn wir von Polizeiprovokationen schreiben, dann meinen wir das so, wie wir es schreiben. Zum Unterschied von anderen wollen wir sehr wohl zwischen of-

Als Radiohören verboten war...

Der Polizeifunk am 15. September

Der Objektivität verpflichtet, wie wir es nunmal sind, stehen wir natürlich nicht an, auch diesmal wieder die Gegenseite zu Wort kommen zu lassen. Und so haben wir ihr während der Demo unser Ohr geliehen, als es nur so funkte, auf den Polizeikanälen...

18.55: S Sprechstelle 40 → **FM1** »Ich Bericht: Am Sammelort wurde Nachschau gehalten, ob einer der verantwortlichen Anmelder bereits anwesend wäre, derzeit noch nd von den Anmeldern.« — »Sprechstelle 40 bitte um Wiederholung des letzten Teiles!«

— »derzeit noch keiner der Anmelder am Sammelort. Wahrnehmbar.«

18.57: »In letzter Zeit stärkerer Zuzug zum Sammelort, derzeit ca 100 Personen anwesend.«

19.01: S Stapo/217: »Burggasse, von einem Block, ca 40 Personen,...« — »217 — haben Sie mitgehört?«

S wer anderer/201: »habe mitgehört... wenn sie den Block aufnehmen und begleiten.« — »werden uns anhängen. Bitte: Alle verummmt!«

D Kommando Gl → **Rossau 99:** »Ja, wenn Sie fahren würden Burggasse, dort sollen sich ca 20 Vermummte befinden.« — »Gibts was genaueres?« — »Ja, vom Amerlinghaus sind sie weggegangen und angeblich durch die Burggasse Richtung Volkstheater.«

19.04: D Rossau 93: »Die Gruppe von Vermummten bewegt sich eben auf den Haupteingang vom Messepalast zu.«

19.20 D D Sektorwagen 3 → **Kommando Gl:** »Ja, Sektor 3 hat 7 Passanten, also Skinhead [Quatsch! Anm, TATblatt], Punker wahrgenommen, sie gehen von Arbeitsamt Richtung Margaretstraße in der Embelgasse [dort ist ein leerstehendes, schon mehrfach zu besetzen versuchtes ehemaliges Arbeitsamt; Anm TATblatt]«

19.25 D Situationsbericht von Gustav 100 → **Kommando Gl:** »ca 200 Demonstranten, einige Transparente, Gerätschaften zur Zeit nichts bekannt.« — »und die Anzahl der Vermummten ungefähr« — »10«

19.26 S Sprechstelle 40 an FM1: »Es wurde mit einem der Verant, die sich hier eingefunden hat, inzwischen Kontakt aufgenommen, ahh, die Abmarsch wird sich noch etwas verzögern, wahrscheinlich erst nach 19.30. Und es wird weiterhin wegen des Abmarsches noch mitgeteilt werden, wenn dieser erfolgt.«

19.29 S Stapo: »...Der Abmarsch steht in Kürze bevor...«

19.31 S Stapo-Gespräch: »Ja bitte, wieviel Personen sind am Sammelort anwesend?« — »letzte Schätzung zwischen 200 und 250. Eine genaue Angabe ist aber nicht möglich, weil auch viele Adabeis sich am Sammelort eingefunden haben... Zählung erfolgt sofort nach Abmarsch, Ergebnis folgt dann per Funk«

19.36 D Sektor? → **Gl:** »Besagte Personen-gruppe [beim Arbeitsamt; Anm. TATblatt] hat sich auf zwölf Personen verstärkt, geht die Embelgasse wieder Richtung altes Arbeitsamt«

...
19.39 S 201 → **FM1 [Stapo]:** »Es werden Anstalten getroffen für den Abmarsch«
19.39 D Gustav 100 → **Gl:** »Der Demonstrationzug beginnt sich zu bewegen« — »Un-

lung. Zug bleibt stehen.«

D Sicherheitswache, vermutlich Anton 99 → **Gl:** »Der Demonstrationzug ist stehengeblieben und Auerspergstraße 4 kommt es zu Konflikten.«

Anmerkung:

Dieses Funkprotokoll ist selbstverständlich nur eine auszugsweise Wiedergabe des Polizeifunkverkehrs während der Demo. Gelauscht wurde dem Demokanal der sog. Sicherheitswache (im Protokoll durch **D** gekennzeichnet), und dem Stapo-Funk (**S**).

Die Kommandozentralen waren jeweils das Kommando **Gl (D)** bzw **FM1 (S)**. Die einzelnen Einheiten der Sicherheitswache wurden im Protokoll mit ihren Code-Namen bezeichnet, wenn gleich diese wohl nicht allgemein verständlich sein dürften. Ein paar Erklärungen: Sektor werden die Sektorwagen (Funkstreifenwagen der Alarmabteilung) genannt, Frosch heißt ein Arrestantinnenwagen, Delta dürfte eine höhergestellte Kommandozentrale (im Innenministerium?) gewesen sein. Bei der Staatspolizei hatten die einzelnen Leute Nummern, etwa Sprechstelle 40: der berühmt-berüchtigte Einsatzleiter Zander.

Der Funk wurde von uns unbekanntem Leuten abgehört, das vorliegende Protokoll uns zum Zwecke der Veröffentlichung zukommen gelassen.

gefährte Teilnehmerzahl?« — »ca 250. zwischen 30 und 40 Vermummte, ein LauKW und ein SanCar [ein Lautsprecherwagen und ein Sanitätswagen, von der autonomen Sanigruppe; Anm TATblatt]. Negativ nach Gegenständen!«

19.40 S Stapo: Sprechstelle 40 → **FM1:** »Demonstrationsteilnehmer begeben sich jetzt auf die inzwischen abgesperrte Fahrbahn und nehmen Aufstellung.«

19.42 D Gustav 100 → **Gl:** »Zug hat wieder gestoppt und wird jetzt eingerichtet von den Ordnern...durchs Mega«

19.44 S 201 → **FM1:** »Demonstrationzug setzt sich in Bewegung. Momentan Organisation so: An der Spitze marschiert ein Dock der Vermummten, ca 40 Personen, es wird vorneweg ein Transparent, rrrrotes Stofftransparent mit der Aufschrift *Klassenkrieg* getragen.«

19.48 D Anton 99 → **Gl:** »ca 620 Personen, davon 140 verummmt...«

19.49 S 201 für 211 »Hinter dem Lautsprecherwagen ist noch eine Gruppe Vermummte, sonst nichts.«

... die TeilnehmerInnen-Zahlen wurden wiederholt zwischen den unterschiedlichsten Stellen noch herumerfragt und bestätigt...

19.54 D Anton 99 → **Gl:** »das.. bis jetzt nur Sprechhöre, kein einziger Knallkörper.«

19.56 D Anton 99 → **Gl:** »Auerspergstraße 4 gibt es Probleme« — »Wo gibt es Probleme?«

S Stapogespräch: »Vor Haus Auerspergstraße 4 von SWB [Sicherheitswachebeamten; Anm, TATblatt] einer angehalten. Amtshand-

D Gustav 100 → **Gl:** »Der Demonstrationzug hat angehalten, die Demonstranten befinden sich noch auf der Fahrbahn...« — »Jaja, bezüglich Auerspergstraße 4« — »[Knall-?]körper werden gewor.«

S Sprechstelle 40 → **FM1:** »Es ist im hinteren Teil des Demonstrationzuges zu einem Tumult gekommen. Es wurden einige Knallkörper ge.. offensichtlich wird jetzt einer der vermutlichen Täter beamtshandelt... der Demonstrationzug ist zum Stillstand gekommen, eine Person... gerade wurde festgenommen.«

20.04 S irgendein Stapo: »konnte aber nicht als Knallwerfer...Kwall...Knallwerferkörper zugeordnet werden, Zug wird sich in Kürze in Bewegung setzen.«

D Anton 99 → **Gl:** »...durch Werfen von Knallkörpern wurden einige perlustriert bzw festgenommen, wir marschieren in Kürze wieder weiter.«

S Sprechstelle 40 → **FM1** »Situation hat sich wieder beruhigt. Im Demonstrationzug... ah.. es ist anzunehmen, daß in Kürze weitermarschiert wird.«

20.05 D Anton 99 → **Gl:** »Eine Waffe wurde sichergestellt bei einer Person, sie wurde festgenommen, ob es sich um eine Schreckschußpistole oder um eine Echte handelt, konnte nicht festgestellt werden«

20.06 »Weitermarsch«

20.09 D Gl → **Gustav 100:** »Ja zur Information: Der letzte Teil des Demonstrationzuges hat sich mit Steinen bewaffnet!« [Dies hat also bitte die Kommandozentrale im Polizeipräsidium einem Einsatzleiter vor Ort "mitgeteilt" und nicht umgekehrt! Von wo sie das wissen könnte, ist unklar... sie wird doch nicht, zur Anheizung der Stimmung etwas erfunden haben????; Anm TATblatt]

D irgendein Sicherheitswächler von der Demo an Gl: »Ich befinde mich im hinteren Drittel des Demonstrationzuges, hier ist von den Steinen nichts zu sehen!« [dürfte wohl den dezenten Wink von oben mißverstanden haben; Anm d Tipppers]

D Gl: »Verstanden. Trotzdem: Bedachtnahme! Hier ist eine Mitteilung in dieser Richtung.«

20.12 D Sektor 3 → **Gl:** »Folgendes: 14 Personen, Siebenbrunnengasse/Obere Amtshausgasse [in der Nähe des Ex-Arbeitsamtes Embelgasse; Anm TATblatt] direkt beim Gebäude haben sich jetzt dort hingesezt. Sie sind soeben bei drei Personen Pers [das

bedeutet, ihre Personalien wurden aufgenommen; Anm TATblatt], die werden wir noch erwarten. Sollen wir dann die Personen perlustrieren, sollen wir Unterstützung anfordern?« — »Ja, behalten sie die Gruppe nach wie vor ihm Auge.«

...
20.41 D Gl → Delta [irgendwas hohes im Innenministerium]: »Wir würden DOKU 2 [Dokumentationsgruppe, Stapo-Filmer und Fotografen] zur Verfügung stellen, es wäre nur ein Treffpunkt zu vereinbaren.« — »Stock-im Eisen-Platz«

20.42 D Sektor 3 [noch immer bei der Embelgasse, diesmal stark keuchend] → Gl: »2 Personen jetzt im Innenhof des Gebäudes, wir sind ebenfalls eingegangen, sind jetzt...sind...« — »ja Sektor 3, wiederholen, sie sind ebenfalls eingedrungen, das Andere konnte nicht verstanden werden.« — Sektor 3, jetzt schon ausgekeuchert: »Zwei Personen waren im Innenhof des Gebäudes, wir haben sie wieder herausgeholt.«

In der Folge werden einige Einheiten zum Arbeitsamt geschickt

20.48 D Situationsbericht von Sektor 3 → Gl: »ca 15 Jugendliche, davon sind drei über den Zaun ins Gebäude geklettert, konnten von uns wieder herausgeholt werden, und derzeit ist eine ruhige Lage. Es werden von uns Pers-Umfragen durchgeführt.«

...
 die Demonstration bewegt sich inzwischen zum Stephansplatz, wo um 21.14 eine Leuchtrakete abgeschossen wird. Um 21.20 Wickel zwischen Zander und dem Rest der Welt, ob die Demo auf der Kärntner Straße in der Mitte, oder eher am Rand gehen soll, Aufforderungen per Lautsprecher, Kibarei-Einheiten werden massigst bei Oper und Karlsplatz zusammengezogen

...
21.24 D irgendein Sicherheitswache → Gl: »In Kürze: Höhe Himmelpfortgasse könnte es Probleme geben.« — »In Höhe Himmelpfortgasse größere Probleme.« — »Nein, keine größeren Probleme, sondern offenbar rechtsgerichtete, Kundgebungsteilnehmer.«
D Rossau 99 → Gl: »Rechte Gegenmanifestation im Bereich Himmelpfort. Wir ziehen eine Trennkette ein.«

21.25 D Sektor 4 → Gl: »Sektor 4 ist Himmelpfortgasse/Ecke Raunsteingasse, hat eine Gruppe Skinheads wahrgenommen, bei denen, welche sich jetzt Himmelpfortgasse Richtung Seilerstraße bewegen. Wir werden diese begleiten.«

21.28 D Delta → Kommando Gl: »Erfolgt Bedachtnahme Oper, bzw Kärntnerstraße/Philharmonikerstraße-Kreuzung?« — »Ja, wurde Bedacht genommen. Achtung! Anton 98 ist dort der Kommandierende.«

21.30 D Sektor 4 → Gl: »Ja, die Skinheads haben sich jetzt beruhigt. Bewegungen sich jetzt wieder von der Himmelpfortgasse Richtung Kärntnerstraße.«

21.33 S 200 → 201: »Es liegt hier eine Information vor, wonach Höhe Nordseelokal in der Kärntnerstraße.[??? Skinheads???] gesammelt hat? Können Sie einen Trupp zurückschicken?« — »wird veranlaßt.«

...
 die Demo zieht weiter, die Oper vorbei, vor dem Arbeitsamt Embelgasse ist auch nichts mehr los. Die Demo erreicht ihr Ziel, den Karlsplatz, wo nach Ansprachen, die Demo aufgelöst wird. Zur "Nachbeobachtung"

werden die Sektorwagen rund um den nahen Schwarzenbergplatz zusammengezogen, die Spezialeinheit "Biber", die bislang der Demo in einem Abstand folgte, wird nun zu Embelgasse verlegt, vielleicht um allfällige Besetzungen nach der Demo zu verhindern. Während alledem:

21.44 D Sektor 4 → Gl: »Ja, die Gruppe der Skinheads wurde jetzt von uns höflich, aber doch eingehendst, den ersten Bezirk, bzw den Demonstrantenzug zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen sie nach.« — »Verstehen, aber noch im Auge behalten«

...
21.55 D Anton 99 → Gl: »Transparente werden bereits eingerollt«

21.56 D Sektor 4 → Gl: »Die letzten vier Skinheads verlassen soeben den ersten Bezirk.«

21.59 D Gl → Anton 99: »Wieviele Personen sind noch anwesend?« — »ca 300.«

22.00 S 201 → 214: »Ja, Nähe Künstlerhaus [in der Nähe der Abschlußkundgebung; Anm TATblatt] befindet sich eine Gruppe von etwa über acht Personen. Darunter befinden sich Vermummte. Vielleicht können Sie Sicherheitswache entsenden.«

22.03 S Sprechstelle 40 → FM1: »Mit den Ansprachen... als ist wurden Kundgebung offensichtlich beendet. Abströmen setzt ein.«



Sprechstelle 40:
 Mag. Gerd Zander

22.06 D Gl → Delta: »Wird DOKU 2 von Ihnen noch benötigt?« — »DOKU 2 wird von uns nicht mehr benötigt.«

22.07 D Anton 99 → Gl: »Begleitschutz beginnt mit dem Sammeln seiner Kräfte.«

22.08 D Gl → Sektor 5: »Fahren Sie Linke Wienzeile. Einsatzmäßig! Näheres folgt!«
D Gl → Sektor 6: »Fahren Sie Linke Wienzeile. Einsatzmäßig! Näheres folgt!«

D Gl → Sektor 5&6: »Operngasse 20B. Unterstützung für VA-Post.«

D Sektor 2 → Gl: »Sektor 2 steht günstig und fährt zu.«

D Rossau 25 → Gl: »Rossau 25 steht günstig und fährt zu.«

D Sektor 4 → Gl: »Sektor 4 deto.« — Nicht mehr notwendig!«

22.09 S Sprechstelle 40 → FM1: »Stehe Karlsplatz am Plateau. Normales Straßenbild: Bitte um weitere Aufträge.«

22.09 D Dora 60 → Gl: »Bebege mich mit einigen Kundgebungsteilnehmern, die gerade den Resselpark durchqueren Richtung Paniglasse [TU-Club; Anm TATblatt]«

22.11 ?: »Auf Höhe Operngasse 26. Das zweite Fahrzeug wurde angehalten. Es befinden

den sich mehrere Personen darin.«

D Gl → Rossau 25: »Fahren Sie Operngasse 26.«

D Rossau 99 → Gl: »Hier im Bereich Operngasse sind 2 Fahrzeuge angehalten worden. Ein Sektorwagen plus Rossau 25 begeben sich bereits zum zweiten Anhaltepunkt. DOKU ist anwesend und wird entsprechend [!] dokumentieren.«

22.12 D Dora 60 → Gl: »Habe den Begleitschutz beendet. Die Kundgebungsteilnehmer sind Paniglasse 1 in ein Lokal gegangen.«

D Rossau [Rossauer Kaserne] → Sektor 1: »Sind Sie frei?« — »Wir haben eine Gruppe auf der Margaretenstraße, die wir verfolgen.«

D Reserve 170 → Gl: »An der Kreuzung Rotenturmstraße/Lugegg ist der Bus BP404 nicht mehr anzubringen. Wir würden einen Bus der K-Abteilung mit Schleppstange benötigen.« — »Ja dann rufen Sie Transport 100.«

22.14 S Sprechstelle 40 [noch immer am Karlsplatz] → FM1: »...8 Gruppen. Normales Straßenbild. Liegen weitere Erkenntnisse vor oder ist, könnten wir Stützpunkt einrücken?« — »Ja, ich hab' eben ahh eine Meldung bekommen, die ich Ihnen weitergeben soll. Sie mögen veranlassen, daß die linken Lokale nochmals abgestreift werden. Von, vielleicht, von 2 Wagen, 2 Streifenwagen. Alles andere ... Sie selbst können einrücken [also zur Dienststelle zurückfahren; Anm TATblatt].«

— »Ich habe hier keine Streifenwagen, ich habe alles Fußpatrouille... und... moment, ein Streifenwagen ist hier ... veranlassen.« — »Danke.«

22.15 D Sektor 1 → Gl [wahrscheinlich]: »Folgen derzeit auf der Margaretenstraße ca 20 Kund- Demonstrationsteilnehmer in die Richtung ehemaliges Klublokal der Rotstilchen sich bewegen.« [wieso ehemalig?; Anm TATblatt]

...
 zahlreiche »Kräfte« rücken ein, also fahren in die Rossauer-Kaserne zurück...

...
22.19 D Sl → Gl: »Gruppe von Rotstilchen ist jetzt in Klublokal wieder in der Margaretenstraße. Auf der Straße ist ein ruhiges Bild. Wir fahren weiter.«

D DOKU 2 → Gl: »Werden wir noch benötigt?« — »Ja DOKU 2, es wurde doch schon gesagt, sie können einrücken.«

22.20 D Sektor 4 → Gl: »Folgender Sachverhalt: 2 Kleinbusse der Demonstranten wurden Operngasse 20B bzw 26 angehalten. Personen werden jetzt von uns perlustriert, in den Fahrzeugen wurden Steine, 1 Aggregat und ja, Kommando Gl, wir benötigen einen Herren der Abteilung 1 [Stapo; Anm TATblatt; übrigens: bei dieser Meldung wußten offenbar sogar die, die den Bus perlustriert haben, noch nicht, daß sie Molotow-Cocktail-Material gefunden haben.]«

22.21 D Gl → Rossau 99: »Ja, Anfrage bezüglich der beiden angehaltenen Fahrzeuge: Wieviele Teilnehmer und ob deutsche Staatsbürger.« — Antwort unverständlich

22.23 S FM1 → Sprechstelle 40: »Ja, Weisung: Operngasse 20 soll Konzeptsbearbeiter mit[???] sofort hinfahren.«

D Gl → Rossau 99: »Anfrage: Ist DOKU-Gruppe vorhanden?« — »Ist noch vorhanden. Hat alles dokumentiert.«

22.24 S Sprechstelle 40 → FM1: »Operngasse 20 eingetroffen.« — »Danke« [Man/Frau merke auf: Obwohl die Sprechstelle 40, also Zander, um das Übel beim Namen zu

nennen, bereits um 22.14 Uhr den Befehl zum Einrücken erhalten und bestätigt hatte, erreichte er den neuen Einsatzort, zu dem er erst um 22.23 beordert wurde, innerhalb einer Minute!]

22.27 S *irgendein Stapo*: »Operngasse... Von den Aktivisten der Demonstration ... mit Sicherheitswache Festnahme erfolgt.«

22.28 D *DOKU 1* → *Gl*: »Bitte es wäre ratsam etwas Verstärkung zu entsenden da hier etwas Unruhe herrscht.«

irgendwer: »Alarmzug... die Situation spitzt sich zu.«

D Gl → *Biber 99*: »Einsatzmäßig Operngasse 20B bzw 26«

irgendwer: »Linke Lokale zu Observieren veranlaßt«

D Gl → *Frosch 90*: »einen Frosch einsatzmäßig Operngasse 20B bzw 26. DRINGEND!«

22.30 S *Sprechstelle 40* → *FM1*: »40 derzeit nicht erreichbar.« — »erbitten Situationsbericht« — »Personen, die alsq der ... zuzuordnen ... tätlich geworden. Nach den derzeitigen ahn, nach der derzeitigen Lage ist nicht zu beurteilen, ob es da zu Festnahmen gekommen ist. Ich werde das verifizieren und komme in Kürze.«

22.33 D Gl → *Rossau 99*: »Ja, ihr Anruf wird dringend erwartet. 7104!« — »Ist derzeit nicht möglich. Wir haben hier immer noch eher eine Patt-Situation, wir haben die Angehaltenen aus dem einen Fahrzeug, es kam im Verlauf dieser Amtshandlung zu einer Festnahme ...[rauschen]... derzeit mit einer Sperrkette hier, ich warte auf das Eintreffen weiterer Kräfte, dann wird es möglich sein...« — »Ja, Frosch 7 ist auch unterwegs ... und Biber 99 ist auch unterwegs.«

22.35 D *Biber* → *Gl*: »sind Einsatzort eingetroffen.«

22.36 D ??? → *Gl*: »Es war eine Festnahme. 269. Wird jetzt überstellt ah von einem Sektorwagen, Koat 4.«

22.37 D Gl → *Rossau 99*: »Eine Anfrage: Welche Kennzeichen haben sie? Österreichische oder... « — »Es sind 2 Fahrzeuge der Autoverleih Buchbinder.«

D Gl → *Rossau 99*: »Ja, könnten Sie mir die Anzahl der Insaßen durchgeben und die Kennzeichen der beiden Fahrzeuge?« — »Bitte!«

22.38 D *Rossau 99* → *Gl*: »Das Kennzeichen jenes Fahrzeuges, indem wir eine Metallsteinschleuder, eine Zwillie und die Zutaten zu den Molotows [also leere Bierflaschen und den Treibstoff für das Stromaggregat; Anm TATblatt] gefunden haben, das ist W... [Zensur des TATblatts], war bis jetzt mit 8 Personen, von denen wir bei vieren jetzt das Nationale eruiert haben...«

22.41 D *Rossau 99* → *Gl*: »Der Bus, bei dem bei der Perlustrierung nichts gefunden wurde ist bereits weitergefahren. Da müßte das Kennzeichen und der Lenker zu eruierten sein bei der Verkehrsabteilung.«

22.44 S *ein Gespräch unter nicht identifizierbaren Stapos*: »...bitte fahren Sie nun das eine Lokal in der Margaretenstraße an [Rotstilchen; Anm TATblatt] und richten Sie die Streife so ein, daß 23.30 Treffen am Stützpunkt ist.«

S »...fahren Lokal im Bereich 3. Bezirk an. Im Bereich 9. Bezirk ist alles negativ.«

... zwischen 23.30 Uhr und Mitternacht wurde die Observierung der linken Lokale und der besetzungsgefährdeten Häuser beendet. Die Demo-Funkkanäle wurden eingestellt.

Der Angriff der Angst

Gedanken im Nachhinein zur Aegidi-Räumung — unter besonderer Beachtung der Zusammenhänge Frau und Macht und Gewalt — gefaßt von einer ehemaligen Bewohnerin.

*Der Angriff der Angst
läßt die Köpfe rollen
noch ehe die Hand
den Prügel umfaßt
zum Schlag sich erhoben*

Später, als wir alle eng aufeinander wartend beim Treffpunkt saßen, spürte jedeR die ersten Fluchttendenzen in sich. Es herrschte gedrückte Stimmung. Der lautdröhnende Fernseher lief an, uns vorbei, denn nicht für uns gestaltete sich seine Aufklärungsarbeit und alle wußten von der Sperre.

Als ich R. statt in Boots und Lederjake mit gelben Sweatshirt und bloßen Füßen auf der Straße traf, wußte ich um den Grad der Auflösung der Bewegung. Verwirrt hatte er schleunigst den Rückzug in sein bierbebauchtes Kleinschmarotzertum angetreten.

Niemand wollte anschließend die Details noch hören, es waren zu viele, zu viele Freunde, zu viele Bekannte. Wir saßen nur ruhig herum und warteten immer noch auf irgendetwas. Die Hippies mit ihrer geschwätzigten Freundlichkeit schienen noch am ehesten klarzukommen mit der Situation. Wir restlichen Helden der Landstraße mit Klettergeschirr und Imponiergehabe steckten unbehaglich im Sumpf und auf den Sesseln. Brutal fein, diese Nächstenliebe, wir könnten das nicht. Doch vielleicht brüllen wir einmal von der Bühne für euch, daß die Verstärker krachen, und wackeln mit dem Iro dazu.

Es wurde dunkler und dunkler. Dabei gab es inzwischen nichts mehr zu essen, kein Bier mehr zu kaufen und einzelne saßen lieber vor der Haustüre auf der Straße und unterhielten sich. Wir fuhren noch in der Nacht nach S. zurück.

*Wenn sie dann von Liebe reden
wird mir speiübel
in einer Welt voller Haß
ist das wie ein Kotzkübel
(Michi)*

KETTENGLIED NR 1

H. hatte plötzlich meine Hand ergriffen, als wir uns die riesige Fläche der mit

Scheinwerfern gutausgeleuchteten Leere ansehen wollten, keine rauchenden Ruinen hatten wir hinterlassen, nur bloßen Erdboden. Und ein Bulle kam um uns zu verschrecken. Und ich heulen mußte, denn wer darf nicht mal schauen, wenn unsere Zentren zerstört werden? Wir.

Vorher auf der Demo hatten wir unsere Lieder noch vom Lautsprecherwagen gedöhnt, in Unkenntnis der Sachlage die Allmachtsgefühle zum Lächeln gebracht. "Wiener Polizisten schützen die Faschisten!" Und Hitze. Und Staub. Und Fußweh. Und abends hatte man an dem, was die Bulldozer bei der Zerstörung des Hauses übrig gelassen hatten, noch eine bemalte Wand erkennen können, die wie ein Denkmal ins Auge stach.

In dieser Nacht durfte ich — traurig wie ich war — ausnahmsweise neben H. schlafen, der seine zwiespältigen Gefühle, die wir gegenüber allem, was wir gerne haben, hegen, für dieses eine Mal überwand.

Am Morgen aber waren wir wütend aufeinander, doch auch das brachte mir nichts, denn der Mann beschützt und der Polizist beschützt auch, oder?

KETTENGLIED NR 2

Und es war einmal eine giftige Menschenschlange, die konnte zeitweise Feuer speien, doch dann auch wieder nicht, wenn es notwendig schien. Und diese Schlange versammelte sich und sie folgte nicht den Regeln der Obrigkeit, die in diesen Zeiten an der Macht war. Und sie wandte sich in engen Gassen gekonnt von einer zur andern, erfüllte die Stadt mit ihrem Gebrüll und versetzte die Bewohner in Angst und Schrecken. Sie hielt sich aufrecht ein paar Stunden lang und züngelte und giftelte und rannte vor allem, was das Zeug hielt. Aber die Gläubigen der Obrigkeit in ihren stolzen Kampfgewändern, mit Helmen und Schildern, zögerten nicht. Und als die Riesenschlange ahnungslos um eine Kurve flitzte, traf sie auf die Einheiten der Obrigkeit und als diese in trickreichster Manier schleunigst umrunden wollte, röllte sie an und prallte auf und mußte sich in ihre Einzelteile rückwertig selbst zerteilen. Einer der Jünger der Obrigkeit hatte währenderdessen, als niemand aufpaßte, eine Eva verprügelt. Sie landete flach und

unsanft asphaltmäßig nach hinten. Eine andere Eva, schon älter, hielt ihren blutenden Arm vor die Kamera. Der Arzt im Unfallkrankenhaus rückte seinen Nachnamen nicht raus. Die Anzeige wurden gesammelt.

Auf dem Video war klar zu erkennen, daß der Schaden natürlich begrenzt, das Ausmaß der Gewalt nur in Ansätzen, Andeutungen, Androhungen erkennbar.

»Im Krankenhaus gibt es eine Station, zu der niemand Zutritt hat. Dort liegen die Leute, die die Polizei verprügelt. Wir konnten die Eva nirgends finden. Wir haben die ganze Stadt nach ihr durchsucht.« Von unten besehen ragt der Mann in den Himmel. Sein Knüppel setzt dich platt ab auf den Boden. Wenn du dann aufstehst, bist du immer noch kleiner.

Eva, wo bist du, ich habe dich verloren. Wo haben wir die Eva verloren? Die Schlange traf auf die Einheiten der Obrigkeit, die Schlange mußte sich rückwärtig in ihre Einzelheiten selbst zerlegen.

KETTENGLIED NR 3

Ein langer spindeldürrer Mann verfolgte mich, zwar kein Fleisch dran, doch zäh wie Leder. Mit seiner Spürnase auf meiner Spur am Boden stöberte er mich immer wieder auf, ob ich nun im Innern oder im Hof des Hauses den Oberpunkt suchte. Mit seiner Brille ohne Gläser, mit den verschiedenen Elektrokabeln um den Hals gewickelt, in kurzen Hosen, oh Gott diese sexy Knochen, lächerlich der Mann. Doch seine Pfoten immer wieder auf Brust oder Arsch. Auf meinem Körper. Brüllen half nichts. Der Oberpunkie, gnädig aus stolzer Höhe neben mir, ließ den Verfolger in ehrfürchtiger Distanz verschwinden. Pause.

Jedesmal, wenn meine Punkies mich aus der Gruppe schmeißen wollten, hatte ich sie erpreßt, denn ich hatte die Connections zu den Veranstaltern. Wenn ihr mich nicht singen laßt, dann könnt ihr dieses Konzert da vergessen, hatte ich gesagt. Und jedesmal hatten sie nachgeben müssen.

Im Hausflur stand unerwartet der Mann wieder vor mir, fummelte mit der Hand in seiner knappen Badehose herum. Ich versuchte ihm zu drohen, doch der einzige Erfolg meiner Bemühungen war der, daß er sein Schwänzchen vollends herauszog und unter Stöhnen auf mich zukam. Mein Reflex, der schnelle Tritt auf sein Geschlechtsteil kam für mich selbst so unerwartet, daß ich

mein Bein nicht rechtzeitig zurückzog, sondern erst, als es schmerzte. Am nächsten Tag konnte ich seine Fingernageleindrücke an meinem Oberschenkel abzählen.

S., die neben mir stand, steckte sich die Hände vors Gesicht und schrie wie am Spieß. Wegen den Belästigungen dieses Typen hatte sie eine Woche vorher in ein anderes Zimmer umziehen müssen. C., der rasch zu Hilfe kam, hielt den wutschnaubenden Mann fest, während ich in Höchstgeschwindigkeit zum Bahnhof trabte.

Ich war die einzige Frau auf der Bühne gewesen, obwohl an diesem Abend fünf verschiedene Gruppen spielten. Als wir anfangen, strömten die Fans zur Bühne, das Chaos regierte, Der Mann, der schon beim ersten Lied ein Bier auf mich schleuderte, war der Gitarrist einer anderen Partie.

*Alle Ungeheuer dieser Welt
knirschen mit den Zähnen
Alle Ungeheuer
haben Angst.
Sie schießen auf alles
was sich bewegt.
Doch eines schönen Tages
kommen sie
aus dem Gebüsch
und*

So laßt uns zum guten Schluß von der Hoffnung sprechen, sagte der Pfaffe zum nächsten, bevor er raschen Schrittes um die nächste Ecke verschwand.

Wir wissen, wer die Macht im Staat hat, doch um das Ausmaß der möglichen Gewaltpotenz kümmern wir uns zu wenig, sprich Aufrüstung der Polizei, sagte die Eva und wedelte mit der bandagierten Hand dem aufmerksam lauschenden Publikum zu. Die Einheiten der Obrigkeit schüttelten ihre Schilder aus und polierten ihre Schilder auf und polierten ihre Stöcke auf Hochglanz, denn mit einem Auge schielten sie schon auf den nächsten Einsatz, Gott sei's geklagt. Was du nicht willst, das Bulle dir tu', das füg' auch keinem Bullen zu??

H. legte mir die Hand auf den Bauch und sprach: "Ein kleiner Revoluzzer soll er werden!"

Die Menschenschlange erschöpfte sich in endlosen Diskussionen und ergiebigen Wortergüssen, manche Ungeheuer gingen hin und versuchten sich ein neues Haus zu nehmen, andere Ungeheuer zogen sich auf sich selbst, ins Gebüsch oder ins Zeitgeschehen zurück, d.h. suchten sich etwas ungegefährlicheres.

Doch das sag'ich dir, die Zeiten sind absolut nicht so, daß denen nichts passiert, die sich raushalten, die sich kleinmachen, daß die nicht gedemütigt werden, die ihre Herabwürdigung schön selber eigenständig/eigenhändig/eigengeistig vollziehen, die die Einschränkungen ihrer Lebensmöglichkeiten von vorneherein in Kauf nehmen. Die Zeiten sind absolut nicht so, gell.

Autorin: eine ehemalige Bewohnerin der Aegidigasse



Aktiv gegen Militarismus Verweigerungsteam

(TATblatt-Wien)

Mitten in die Sommerlochdiskussion um das »Bundesheer light« platzte der Milizverband, um mit Unterstützung von Steyr-Daimler-Puch und der Bundesländer-Versicherung so etwas wie eine sogenannte »Imagewerbung«, auch Propaganda genannt, zu betreiben. Und so klebten eines Tages an unzähligen Plakatwänden wohlbelaubte Soldaten mit Äpfeln in der Hand, die sie mutmaßlich von der danebenstehenden »Maid« erhalten hatten. In — letztendlich im letzten Moment doch noch abgeänderten — Plakatentwürfen waren die abgebildeten Personen noch blonder und blauäugiger.

Erfreulich und erbaulich war, daß nach spätestens zwei Wochen kaum mehr ein Plakat zu finden war, daß noch nicht durch Totenköpfe, "Bundesheer abschaffen! Verweigert"-Sprechblasen oder aufgesprühte Texte umgewidmet worden war.

Aus allen Teilen Wiens und aus Linz erreichten uns solche Berichte. Darunter ein ausführlicheres BekennerInnenschreiben:

"In den Morgenstunden des 19. August haben wir zwischen 1 und 5 Uhr in einigen Bezirken Wiens mehrere Plakate verschönert, die fürs Bundesheer, fürs "Milizteam" werben. Die Plakate wurden mit Sprüchen wie "Weg mit dem Heer", "Kein Geld fürs Heer", "Lichals EinMARSchTRUPPEN", "Blut-Äpfelklauber", etc besprüht (...). In Wien hängen sicher hunderte dieser Blut und Boden Werbungen. Schön wär's, wenn eines Morgens plötzlich alle verschönert wären. Es darf nicht passieren — was mit diesen Plakaten wahrscheinlich eh' nicht passiert —, daß das Bundesheer neben Draken und vielleicht Lenkwaffen auch noch ein freundliches Image bekommt.

Es wird wirklich Zeit, daß das Bundesheer abgeschafft wird, daß sich Lichal an seinen Draken und Raketen nur mehr in Form von Draken- und Raketen-schlutschern erfreut.

Vielleicht war die Aktion ein Anreiz, daß ihr sprühts wo's geht."

"Dies ist eine Aktion, um gegen die Idealisierung einer Institution zu demonstrieren, die dazu dient, aus Menschen Befehlsempfänger zu machen, Menschen, die

ihrer Handlungsfähigkeit durch Befehle einiger weniger beraubt und gezwungen werden, im Ernstfall Menschen zu töten.

Eine Aktion, um gegen die fortschreitende Aufrüstung des Bundesheeres zu demonstrieren, das nicht Freund des österreichischen Volkes sein kann, im Bürgerkriegsfall gegen das eigene Volk eingesetzt wird und durch Österreichs EG-Ambitionen zum Handlanger der NATO werden wird.

Unsere Forderung daher: Ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres, Umschichtung des Heeresbudgets zu Gunsten sozialer Einrichtungen und Projekte, verstärkter Einsatz für sozial Schwache."

Zu guter Letzt wurde das Plakat auch

noch anlässlich einer Aktion, als sich der Totalverweigerer Lukas B. den Behörden stellen wollte, vom Wiener Heldenort herabgelassen. Oben, oberhalb des Tores stand Lukas B und empfing, gleich dem Plakatsoldaten, mehrere Äpfel von einer volkstümlich gekleideten Frau, die er sodann dem jubelnden Volk auf die Straße hinunterwarf. Untermalt wurde die Handlung mit einem akustischen Zusammenschchnitt von — für diesen Platz gewohnten — Reden des verblichenen Führers Adolf Hitler und des unverblichenen Minister Lichals. Mehr darüber aber an anderer Stelle dieser Zeitung.

AutorIn: TATblatt, anonym

Listige Umtriebe am Heldenplatz

Der gescheiterte Versuch eines Totalverweigerers, sich den Behörden zu stellen.

(TATblatt-Wien)

DIE VORGESCHICHTE UNTER NICHTBEACHTUNG DER VOR-VORGESCHICHTE:

Sie beginnt am 6.6. dieses Jahres, irgendwann zwischen 6 Uhr 30 und 7 Uhr in der Früh, und, daß soll wohl die LeserInnen verwirren, sie beginnt an zwei Orten gleichzeitig. Also eben an diesem 6.6.1989 (es war ein Dienstag und es regnete) irgendwann zwischen 6 Uhr 30 und 7 Uhr

klopfte es gleichzeitig an zwei Türen (nein, nein, es bummerte natürlich). Hinter diesen Türen (um zum Kern der Sache zu kommen) vermuteten die Klopfer (die Bumperer), die in amtlichem Auftrag klopfen (bumperten), zwei Stellungsverweigerer: Markus Kemmerling und Lukas Berger.

Diese sollten amtlicherseits zu ehemaligen Stellungsverweigerern gemacht werden. Mitnichten(-neffen), Lukas und Markus waren dort, wo man sie amtlicherseits aufzuspüren hoffte, nicht anzutreffen. Und die ganze Geschichte bräuchte nicht erzählt zu werden, wenn es alle dabei belassen hätten.

Doch Markus, der ganzen Nervereien mit Polizei und Militär leid, beschloß, sich ins Herz der Bestie zu begeben, will heißen: der Ladung zur Stellung zwar nachkommen, jegliche Untersuchung aber verweigern.

Die Lacher waren dieses mal auf der anderen Seite.

Markus wurde höflich ins Zimmer des Kommandanten gebeten, ihm und seinem Rechtsbeistand wurden Sitzplätze angeboten (spätestens jetzt hätten sie doch mißtrauisch werden müssen; d.säzzer), als sich Tür öffnete, eine Gruppe Männer hereinspazierte, sich mit den Worten "wir sind die Stellungskommission" vorstellte und Markus kurzerhand für tauglich erklärte.



Eine Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofsklage, die Markus gegen den seltsam zustande gekommenen Bescheid einbrachte, hinderte aber die Militaristen in der Folge nicht, Markus für den 2. Oktober dieses Jahres einzuberufen. Auch diesmal befand sich Markus in guter Gesellschaft. Einen Einberufungsbefehl gleichen Inhalts erhielt nämlich auch der bereits zweimal wegen "Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls" verurteilte Christof Kurzmann. Es drängt sich der Verdacht auf, daß sich das Bundesheer handstreichartig eines ganzen Problembereiches entledigen wollte.

Ähnlich wie bei Draken, Lenk Waffen etc schien man im Ministerium auf "die normative Kraft des faktischen" zu hoffen (Lichal-Zitat nach der Drakenstationierung). Wir versuchen einmal, jenes Gedankengebilde nachzuzeichnen, daß sich ein paar Bürokraten im "Verteidigungs"ministerium ausgedacht haben dürften:

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion sollten beide Stellungsverweigerer, also Markus und Lukas, der Stellungskommission zwangsweise vorgeführt und tauglich geschrieben werden. Den Tauglichkeitsbescheiden sollte binnen weniger Tage der Einberufungsbefehl folgen. Dieser sollte aber auch einem dritten, nämlich Christof, zugestellt werden. So hätten alle drei am 2. Oktober in der gleichen Kaserne erscheinen müssen und dort die Wahl gehabt, entweder brav zu guschen und den Präsenzdienst abzuleisten, oder aber Gefahr zu laufen, wegen "gemeinschaftlichen Ungehorsams" (Strafrahmen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren Haft) in U-Haft zu wandern. Der Strafrahmen und die mögliche/wahrscheinliche Sanktion hätte sich so gegenüber der "normalen" Totalverweigerung erheblich erhöht. Eine weitere Möglichkeit wäre, einen Zivildienst Antrag zu stellen, um, zumindest vorderhand, der drohenden Haft auszuweichen. Aber auch in diesem Fall (abgesehen davon, daß sie für manche nicht in Frage kommt), hätte sich das Militär des Problems entledigt.

Im Bewußtsein, Markus und Christof bereits in seinen Klauen zu haben, konzentrierte man sich nun auf die Ergreifung des Lukas Berger — und das mit aller Kraft. Ab 16.8. rannte die Polizei buchstäblich Lukas' Wohnungstür ein. Kein Tag verging ohne beamtetem Besuch, mal freundlich, mal drohend. Die Eile der Behörden war verständlich: Wollte man Lukas tatsächlich für den 2. Oktober zum Präsenzdienst einberufen, so mußte man ihm bis zum 4. September den einschlägigen Befehl zugestellt haben; und vorher mußte er noch wohl oder übel von der Kommission zumindest notdürftig für tauglich befunden werden.

Es ist nicht gerade angenehm, ständig eine Festnahme/Verhaftung befürchten zu müssen. Viele Totalverweigerer wissen davon tatsächlich ein Lied zu singen. Nicht nur, daß "normales" Arbeiten, Wohnen etc. nicht möglich ist und der Kraftauf-

wand, der zur Existenzsicherung notwendig ist, sich gegenüber dem "normalen" Leben abermals potenziert (...das Leben ist hart genug); jede Verkehrskontrolle usw kann dich in den Häfen bringen.

Lukas, den Annehmlichkeiten des Lebens durchaus nicht feindlich gegenüberstehend (mit Annehmlichkeiten sind da wohl Arbeiten und Wohnen gemeint, hä???), entschloß sich, den Zeitpunkt seiner Festnahme selbst festzulegen: Er wollte sich der Polizei stellen, die ihn auf Teufel komm raus suchte.

Am 7. September erklomm er gemeinsam mit drei anderen Personen die Höhen des äußeren Burgtors und konfrontierte die erstaunten ZuseherInnen mit der Tatsache, daß "50 Jahre danach wieder Wehrdienstverweigerer in Haft" sind (Text des Transparentes). Über Lautsprecher meldet General Löhr in einer Vollzugsmeldung an seinen Führer: "Wir haben als deutsche Soldaten nur unsere Pflicht getan". Er spricht von der Bombardierung Warschaus.

Ein weiteres Plakat wird entrollt: es ist jenes Werbeplat, daß zum Zwecke der Werbung für den Militarismus von zahlungskräftigen Großunternehmen wie der CA, Steyr oder der Bundesländerversicherung an allen möglichen und unmöglichen Stellen affiziert wird. Die Burschen sollen im Ernstfall eben wissen, wen sie verteidigen und deshalb stehts auch auf dem Plakat. Am Dach des Burgtores erscheinen eine Frau im Dirndl und ein Mann in Uniform. Über Lautsprecher klärt die Reichsführerin des deutschen Arbeitsdienstes die anwesenden Frauen über ihre Pflicht zur Erhaltung des deutschen Volkes auf. Ein frenetisches "Sieg Heil" ertönt (nicht zum ersten mal an diesem geschichtsträchtigen Ort). Das schöne Paar, daß der fremdfinanzierten Bundesheerwerbung entsprungen zu sein scheint, winkt der neugierigen Menge zu. Die Phonstärke des Lautsprechers nutzt nun Adolf Hitler, in dem er den Aufbau einer eigenen Luftflotte ankündigt.....

Nach etwa 40 Minuten gesellen sich zwei uniformierte zum schönen Paar: Polizisten. Sie nehmen das Transparent ab, die Bundesheerwerbung darf vorläufig weiterhängen. Wie es scheint kann die Ordnung an einem Orte wie dem Heldenplatz durch ein solches Plakat nicht gestört werden. Die wirklichen freundlichen Polizisten bitten zum Ausgang. Ausweiskontrolle, Personalienfeststellung, ein Gefangenentransporter

steht bereit. Zwei "Kollegen" der Alarmabteilung fragen, ob sie Berger und Genossinnen jetzt "haben können". Nix da....! Ein Staatspolizist, der noch vor einer halben Stunde nach Berger gefragt hatte, interessiert sich wieder mehr für anderes....niemand wird festgenommen.

DAS DICKE ENDE

Seit Anfang April wurden allein im Bereich Wien über 30 Personen wegen angeblicher Vergehen gegen Militärstraf- oder Wehrgesetz in Untersuchungshaft genommen. Gerade jetzt sitzen mindestens 7 Personen in U-Haft, 4 weitere in Strafhaft. Die Zahl der Verfahren und Verurteilungen nach MilStG oder WehrG hat seit Jahresbeginn sprunghaft angestie-



gen. Es war das Ziel dieser Aktion, auf diese Häufung und das Schicksal der Betroffenen hinzuweisen. Lukas wollte nicht einfach zur Polizei gehen und sagen: hier bin ich. Er versuchte, seinen eigenen "Fall" mit der Vielzahl anderer, ähnlicher, zu verknüpfen. Militär, Zivildienst und Totalverweigerung. Zwischen diesen drei Möglichkeiten haben nicht nur 4, 5 oder 6 Personen in Österreich zu wählen. Die Pflicht zur Ableistung eines Militär- oder Militärhilfsdienstes bedroht alle jungen Männer. Die Zahl der Verfahren (und außerdem ein Haufen von Meinungsumfragen) beweisen, daß viele gegen diese Bedrohung Widerstand leisten wollen oder müssen. Doch dieser Widerstand gegen die Lichal'schen Omnipotenzgelüste will organisiert werden. Die Polizei hat vor einer öffentlichen Verhaftung zurückgeschreckt. Das freut uns. In Zukunft wird niemand mehr allein zur Polizei / zum Militär / zur Stellung gehen!

Gruppe für Totalverweigerung

Schottengasse 3a/1/59

Tel.: 63 80 653

Treffen jeden Dienstag um 18 Uhr

AutorInnen: TATblatt-Wien

Österreich ist schön — Komm, bleib.

Rund zweitausend ungarische Flüchtlinge wurden seit Mitte Juli aus der Bundesbetreuung entlassen oder sind davon bedroht. Viele von ihnen erwartet Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit. Wir waren im Burgenland, sprachen mit ungarischen Flüchtlingen und stellten Fragen.

(TATblatt-Wien)

"... das bedeutet, daß Sie Ihren Aufenthalt im Bundesgebiet ab diesem Zeitpunkt selbst finanzieren müssen" steht in der Verständigung, mit der asylwerbende Flüchtlinge von ihrer Entlassung aus der Bundesbetreuung unterrichtet werden — die Frage des Wie wird nicht behandelt. Während der Bundesbetreuung sorgt die Republik Österreich für Nahrung und Unterkunft, gewöhnlich ziemlich karg, dafür dürfen die Flüchtlinge nicht arbeiten. Mit der Verständigung von der Entlassung beginnt für die meisten Flüchtlinge ein bürokratischer Hürdenlauf.

Seit ein paar Monaten gilt Ungarn für das Innenministerium als "freies Land". Das hat zur Folge, daß ungarische Flüchtlinge kaum mehr Chancen haben, als Konventionsflüchtlinge anerkannt und somit ÖsterreicherInnen gleichgestellt zu werden. Sie fallen mit ihrer Entlassung aus der Bundesbetreuung unter die fremdenpolizeilichen Bestimmungen, müssen dann um eine Aufenthaltsgenehmigung ansuchen.

Von den ungarischen Flüchtlingen im Burgenland haben erst wenige eine Aufenthaltsgenehmigung, hauptsächlich jene, die schon vor der Entlassung um eine Arbeitsbewilligung angesucht haben. Aufenthaltsgenehmigungen werden nur erteilt, wenn anzunehmen ist, "daß sich der Flüchtling selbst erhalten kann". Maria ist Ende Feber aus der Bundesbetreuung entlassen worden. "Der hiesige Beamte auf der Bezirkshauptmannschaft, der auch ungarisch kann, hat gesagt, auf 5.000 Schilling kann er keine Aufenthaltsgenehmigung geben, nur wenn ich eine Arbeitsbewilligung habe", sagt sie. "Die Arbeitsbewilligung bekomme ich aber nur, wenn ich eine Aufenthaltsgenehmigung habe." Sie hat inzwischen einen Betrieb gefunden, der sie anmelden würde: "Aber auf die Bestätigung, daß ein Arbeitsansuchen in Bearbeitung ist, bekomme ich auch noch keine Aufenthaltsgenehmigung — es könnte ja abgelehnt werden." Das Ansuchen datiert vom April, der Akt ist angeblich erst vor zwei Wochen von Oberwart weggeschickt worden. Das war Mitte Juli.

Maria und Anton haben Ende 1987

Ungarn verlassen, weil sie genug hatten von dem Druck, Parteimitglieder werden zu müssen: "Wenn ein Parteimitglied am Arbeitsplatz Fehler gemacht hat, so war das kein Problem; wenn jemand anderer Fehler gemacht hat, hat das Gehaltsabzüge und andere Sanktionen zur Folge gehabt", sagt Anton. Nachteile bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche und andere Diskriminierungen haben dann den Ausschlag gegeben für ihre Entscheidung, Ungarn zu verlassen.

Anton, Marias Freund, hat von der Bezirkshauptmannschaft in Oberwart eine Frist gesetzt bekommen: innerhalb von zwei Wochen muß er einen Arbeitsplatz vorweisen. Andernfalls muß er Österreich verlassen, bekommt Aufenthaltsverbot. Das bedeutet: Entweder zurückzugehen nach Ungarn — für Maria und Anton unvorstellbar. Oder auszuwandern in ein anderes Land, legal kaum möglich angesichts auf null reduzierter Einwanderungskontingente. Oder die Variante "U-Boot": untertauchen und illegal in Österreich leben oder die Grenze überqueren. Und sich jeder Art von Ausbeutung damit schutzlos ausliefern: jeder Polizeikontakt, und sei es auch nur ein Verkehrsunfall, birgt das Risiko der Abschiebung; keine soziale Sicherheit, keine Sicherung im Fall von Krankheit oder Invalidität. Arbeiter, die am Träiskirchener "Arbeitsstrich" für unangemeldete Arbeit angeheuert wurden, werden am Ende eines Arbeitstages oft nicht einmal ausbezahlt.

Kaum anzunehmen, daß Anton innerhalb dieser zwei Wochen Arbeit haben wird: allein die Behördenwege dauern wesentlich länger, wie im Fall von Maria. "Verschiedene Stellen haben mich nur Formulare ausfüllen lassen, und als ich geschrieben habe 'Ungar': 'Befassen wir uns nicht.'" Auf unsere Frage, wie es dann für ihn weitergehen würde, meint er: "Schwarz über die Grenze nach Italien oder sonstwohin." — "Wenns Dich dort erwischen, wirst ja auch nach Ungarn zurückgeschubst." — "Aber dann hab ich wenigstens Italien gesehen."

Viele von den ungarischen Flüchtlingen sind mit dem Gedanken nach Österreich gekommen, von hier aus in ein

anderes Land zu emigrieren. Irgendwann haben sie dann festgestellt, daß der "freie Westen" zum Beispiel hinsichtlich der Reismöglichkeiten doch nicht so frei ist — nicht für Flüchtlinge. Die drei großen Flüchtlingsländer — Australien, Kanada, USA — sind quasi "zu". Um eine Existenzmöglichkeit zu bekommen, würden viele Flüchtlinge selbst Südafrika akzeptieren. Maria: "Noch immer besser nach Südafrika als nach Ungarn zurück. Oder Israel, ganz egal."

Die Behörden reagieren auf diese ausweglose Situation, wenn überhaupt, mit Zynismus. Einem Ungarn, der illegal die Grenze überquert hat, weder Reisepaß noch sonstige Papiere besitzt, wurde bei der Entlassung aus der Bundesbetreuung gesagt, er solle wieder so zurückgehen, wie er gekommen ist "schwarz".

Die meisten Flüchtlinge im Südburgenland sind dorthin gekommen, weil sie gehofft haben, weniger sprachliche Probleme zu haben, als anderswo in Österreich. Immerhin kaufen Ungarinnen und Ungarn häufig in Oberwart und Umgebung ein; außerdem gibt es in dieser Region eine ungarisch sprechende Minderheit. Ihre Hoffnungen auf bessere Integrationsmöglichkeiten haben sich weitestgehend zerschlagen: "Sogar die Österreicher, die kein Wort ungarisch können, sind freundlicher gewesen, als die ungarische Minderheit", sagt Maria. Zurückgeführt wird diese Distanz auf fehlendes "Minderheitenbewußtsein", auf den Sprachverlust der Burgenlandungarn seit dem zweiten Weltkrieg. Damals war es verboten, ungarisch zu sprechen; in der Folge ist die ungarische Minderheit im Gegensatz zur kroatischen auch nicht in den Staatsvertrag aufgenommen worden.

Ein Problem, das für viele ungarische Flüchtlinge noch offen ist, ist für Maria und Anton vorläufig gelöst: Sie haben eine Wohnung. Ein unmöbliertes Haus in einem Ort in der Umgebung, das sie gemeinsam mit einigen anderen Flüchtlingen bewohnen; keine Installationen, nicht einmal sanitäre Anlagen. Sie müssen ein Jahr lang keine Miete zahlen, dafür aber das Haus instand setzen. Als sie eingezogen sind, war zweimal in einer Woche die Gen-

darmerie da, erzählen sie. Beim ersten Mal haben sie es verständlich gefunden, nachdem das Haus zwanzig Jahre leerstand. "Beim zweiten Mal haben sie gefragt, wovon wir uns eigentlich das Bier leisten können und warum wir nicht lieber nach Ungarn zurückgehen, in Ungarn ist doch alles jetzt so wunderschön, alles super ... darauf haben wir gesagt, warum versuchen Sie nicht nach Ungarn zu gehen und dort zu wohnen und zu leben."

Andere Flüchtlinge haben größere Probleme: 3.000 Schilling pro Monat für ein Zimmer zu fünf ist für VermieterInnen offenbar durchaus im Rahmen des Akzeptablen. Ein Zelt, das ebenfalls in der Umgebung von Oberwart steht, werden die Flüchtlinge bald abbauen müssen — man kann ungarische TouristInnen nicht in einem Hof mit ungarischen Flüchtlingen unterbringen. Obwohl immer wieder Spenden an Möbeln und Geschirr von der Bevölkerung kommen, ist das größte Problem, einen Schlafplatz zu finden im Burgenland, das doch angeblich ohnehin unter Bevölkerungsrückgang leidet.

Im Zentrum von Oberwart steht ein Denkmal. Ein Kriegerdenkmal mit allem Drum und Dran, mit lorbeerumkränzttem Schwert und den Namen der Gefallenen. "Pro Patria" steht drauf, "für das Vaterland". Mit Vaterland und ähnlichen Relikten haben die Flüchtlinge wenig im Sinn, im Gegenteil. Witzig finden sie nur, daß sich so viele ungarische Namen finden auf der Vormerkliste der Helden in diesem Land, das so wenig für sie übrig hat.

AutorIn: TATblatt-Wien

Opernball und der Sommer danach

Der Sommerpause bald zum Opfer gefallen wäre der Bericht über den Prozess gegen Sanjin O. und Roland K., beide angeklagt, am heurigen Opernball den inzwischen berühmt gewordenen Mercedes beschädigt, gekapert und schließlich als Rammbock gegen die Polizei eingesetzt zu haben.

(TATblatt-Wien)

Das Jugendgericht in Wien ähnelte am 4.8.89, dem Verhandlungstag, tatsächlich einer Burg (das Jugendgericht wird "Rüdenburg" genannt). In allen Seitengassen warten Truppentransporter vollbeladen mit Prügelrobotern, der Eingang ist von Staatspolizei verstellt. Vorbei dürfen nur "unbewaffnete Personen über 19 Jahre nach Kontrolle des Ausweises und der Taschen, Jacken bzw. deren Inhalts", wird auf Geheiß des angeblich liberalen Jugendgerichtspräsidenten Jesionek verfügt und von der Polizei rigoros durchgesetzt. Zwar ist der Inhalt der Verfügung praktisch wortwörtlich der Strafprozeßordnung entnommen, doch angesichts der Tatsache, daß der gesamte FreundInnenkreis der Angeklagten so von dieser Verfügung betroffen ist, also vom Prozess ausgeschlossen bleibt, kann die Verfügung doch nur als "kalter Krieg" gegen die Angeklagten angesehen werden.

Vom Gericht vernommen werden hauptsächlich Jugendliche, die "Karlsplatzkinder" genannt werden. Dem entsprechend werden sie vom Richter auch behandelt. Auf jeden Fall nicht wie Menschen. Irrendwelche stichhaltigen Beweise

kommen so nicht zum Vorschein. Die Staatspolizei hatte im März und April einfach alle Jugendlichen, derer sie habhaft werden konnte "zusammengefangt" und nach Gerüchten befragt: "Haben Sanjin oder andere erzählt, am Opernball den Mercedes beschädigt zu haben.....". Viel herausgekommen ist dabei nicht. Der einzige, der "die Täter" wirklich zu Gesicht bekommen hat, will nicht kommen; der bundesdeutsche Fahrer hat Angst, er will auch nicht mehr auf den Opernball gehen. So manch fröhliches Gegrinse huscht über die Gesichter der ZuhörerInnen. Nach vielen, vielen Einvernahmen, in denen der Richter wiederholt seine Abscheu gegenüber den "Karlsplatzkindern" zum Ausdruck brachte, steht fest: Niemand hatte Sanjin tatsächlich beim beschädigen des Autos gesehen. Dennoch wird er verurteilt. Roland hingegen war allzu genau gesehen worden: ein junger Mann wird gefragt, wen er denn beim herumtrampeln auf dem Auto erkennen konnte. Zielstrebig zeigt er auf Roland. Ob er denn dessen Namen wüßte, fragt der Richter. "Natürlich", kommt als Antwort, "daß ist der Sunny"(Sanjins Spitzname). Irren könne sich jeder, meint der Richter verständnisvoll nach dem faux pas, und schließlich stehe der Name ja auf jeder Hauswand. Doch die Episode sollte für Roland bedeutender werden, als es zuerst den Anschein hat. Der irrende Belastungszeuge gibt nämlich an, daß er "bei den Punks nicht sehr beliebt" sei, "weil sie mich für einen Nazi hielten". Ob er das denn sei, wird gefragt. Nein, er wäre kein Nazi; er wäre nur dafür, "daß vorbestrafte Ausländer abgeschoben werden usw.....". Auch Roland wird verurteilt. Ausschlaggebend sei dabei die Aussage des jungen Ausländerhassers, erklärt das Gericht. Nicht beschäftigen mochte sich jedoch das Gericht mit der Tatsache, daß der Hauptbelastungszeuge gemeint hatte, gegen einen vorbestraften Ausländer, nämlich gegen Sanjin auszusagen; also gegen jemanden, der seines Erachtens nach abgeschoben gehörte, was vielleicht noch besser sein dürfte als das "und so weiter", das er seinem Bekenntnis zum Ausländerhaß anfügte.

AutorIn: TATblatt-Wien

Gefangenen- hilfegruppe

(Brief aus dem Häft)

Wir, derzeit 8 Häftlinge der Außenstelle Münchendorf der Sonderanstalt Favoriten bekunden hiermit unser großes Interesse, eine Gefangenenhilfegruppe ins Leben zu rufen, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und für umfassende Änderungen im Bereich der totalen Institution Gefängnis uns einzusetzen. Wir hoffen auf Interesse und

Engagement Eurerseits und würden uns über eine einigermaßen verbindliche Antwort sehr erfreut zeigen. Ist doch wahrlich hoch an der Zeit, daß diesbezüglich auch in Österreich etwas bewegt wird! Es gibt noch enorm viel zu tun, packen wir's an! Mit herzlichen und solidarischen Grüßen...

Absender: mehrere Gefangene

Vorchdorf: Fast Food – Nein danke

Eine BürgerInneninitiative selbigen Namens wehrt sich seit ungefähr heurigen Mai gegen die Errichtung einer McDonalds-Filiale in Vorchdorf. Der Konzern, der weltweit alle 17 Stunden ein neues »Restaurant« eröffnet, hat auch die an der Autobahn liegende oberösterreichische Landgemeinde in seinen Rhythmus eingepflanzt.

(TATblatt-Linz)

Dadurch hätte Vorchdorf allerdings die Chance, am (von ExpertInnen vorausberechneten) 13. Mai 1993 den hundertmilliardsten Hamburger von Mc Donalds zu verkaufen — der 50 milliardste wurde am 20. 11. 1984 um 12.10 Uhr verkauft. Der 1955 von Ray Kroc gegründete multinationale Konzern besitzt heute ungefähr 11000 Fast-Food-Tempeln in 51 Ländern. Insgesamt erwirtschaften die zehn größten Schnellfutterkonzerne der Welt 1984 einen Jahresumsatz von 700 Milliarden Schilling in ungefähr 38000 Lokalen. In Österreich existieren derzeit 23 Mc Donalds-Filialen, für 1989 sind 6 weitere geplant, der Jahresumsatz betrug österreichweit 500 Millionen Schilling im letzten Jahr.

Die Arbeitsbedingungen in diesem "modernen" Betrieb sind — laut Gewerkschaftszeitung »Hallo« — mehr als miserabel, der Großteil der Angestellten sind Frauen. Als Beispiel möge die Kitzbühlerin K. dienen: eine schwangere Mitarbeiterin suchte nach Meinung der Pächterin, Frau Else Scholl das WC zu oft auf und mußte deshalb die Zeit, die ihre Bedürfnisse erforderten, auf der Stechuhr vermerken! Überstunden und Feiertagszuschläge wurden oft zu bezahlen "vergessen", die Hilfskräfte müssen bei S 54.- Stundenlohn S 3000.- für die Unterkunft im Personalhaus ausgeben.

Die ArbeiterInnen wurden nach der Sperrstunde oft als Putzleute benutzt, und laut ÖGB-Bezirkssekretär Kurt Mayrhofer hat Frau Scholl — zu guter allerletzter — auch Manipulationen an der Stechuhr und den Computern unternommen. Es sei wirklich nur ein Beispiel für die Verhältnisse des Arbeitsprozesses "unseres" Systems. In Vorchdorf sollen auch 40 bis 50 (Teilzeit-) Arbeitsplätze geschaffen werden.

In einem offenen Brief der BürgerInneninitiative an den Gemeinderat, unterzeichnet von 1602 Menschen, manifestierten sie ihre Kritikpunkte. Das Ziel wäre eine Nichterteilung der Baubewilligung. Übergeben wurde der Brief am 13. Juni 1989. Folgende Bedenken seien herausgegriffen:

Aufgrund des Lokals ist mit einem BesucherInnenstrom von 3000 Personen (ca 1000 Fahrzeugen) pro Tag zu rechnen (Drive-In), was sowohl Lärmbelästigung als auch Umweltverschmutzung bedingen würde. Zusätzlich würde der Betrieb ca 300 Meter neben den Vorchdorfer Schulen

errichtet werden, womit eine extreme Gefährdung der Kinder durch den Verkehr gegeben ist.

In der BRD wurde festgestellt, daß 42% der KonsumentInnen Jugendliche und Kinder unter 19 Jahren sind. Abgesehen von der ungesunden Nahrung kann mensch sich ja die Konditionierung der jungen Generation zur Wegwerf- und Konsumgesellschaft selbst ausmalen — das ist ja auch der Hauptansatzpunkt für die 40 LehrerInnen, die ihre jahrelange Erziehungsarbeit gefährdet sehen und sich dementsprechend engagieren. In den USA haben ErnährungswissenschaftlerInnen nachgewiesen, daß die fast-food-Kinder aufgrund des Vitamin-B1-Mangels — das stärkereiche Junkfood entzieht die Thio-minvorräte — unter einem stark angegriffenen Nervensystem leiden, dh erhöhte Aggressivität, Schlaflosigkeit und Angstträume.

Ein anderes Problem stellt der Müll dar: laut [...unlesbares Manuskript; Anm d Tipplers] fallen ca 35 Tonnen pro Filiale im Jahr an. Es handelt sich um unverrottbare, umweltschädigende Wegwerfpackungen. Das Argument Recycling trifft nur auf die im Lokal (und vielleicht nicht im Drive-In?) zurückgelassenen Reste zu.

Ein weiterer Schwerpunkt ist ein kultureller Verfall des Dorfgefüges. Die "Amerikanisierung" und Verstädterung dieses Ortes, der sich trotz Autobahn einen fast idyllischen Charakter bewahrt hat, ist eine nicht zu vergessene Tatsache.

Angeführt wird auch die Ausbeutung der sog »dritten Welt« durch diese Firma. Die Fast-Food Konzerne sind auch maßgeblich an der Abholzung des Regenwaldes beteiligt. Da das Rindfleisch in Mittelamerika am Billigsten zu erwerben ist, wird es von dort zu Dumping-Preisen bezogen. Der dort bis dahin weitgehend »ungennutzte« Regenwald wurde in Weideland umgewandelt und lieferte dabei gleichzeitig wertvolles Holz. Heute sind bereits über 60% der tropischen Regenwälder zerstört. In Costa Rica werden jährlich 50-70 000 ha Wald zur billigen Rindfleischproduktion gerodet.

Eines der wichtigsten Futtermittel für die Hamburger-Rinder ist Sojaschrot. Auch der dadurch verursachte Sojaboom hat in den Ländern der »dritten Welt« zu irreparablen Schäden geführt (zB in Brasilien, das 30% des EG-Bedarfs an Soja deckt). Die Soja-Anbaufläche hat sich seit 1965 um mehr als das zwanzigfache erhöht.

88% des neuen Soja-Anbaues erfolgte auf Flächen, die früher arbeitsintensiven Nahrungsmittelkulturen bestimmt waren. Wo einmal Bäume standen, wächst jetzt Soja. Da die Ackerböden die Wasserspeicherungsfähigkeit verloren haben und den Verdunstungseffekt der Waldvegetation nicht kompensieren können, führen starke Regenfälle zu Überschwemmungen und Trockenperioden zu Dürre.

Zu diesem Thema bereiten wir für eine der folgenden Nummern — anlässlich des weltweiten, von Greenpeace London ausgerufenen Aktionstag gegen Mc Donald's, am 16. Oktober — einen ausführlicheren Artikel vor.

Die befürwortenden Lokalpolitiker und Stimmungsmacher in den Ortsgaststätten setzen das Argument »Wirtschaftsbelebung« ein. Bemerkenswert ist, daß Bürgermeister Tiefenthaler auch zwei führende Positionen im Fleckviehrinderzucht und im Schlachtfleischverband hat. Oder daß ein Ex-Werbemanager von Mc Donalds in einem Vortrag vor der Handwerks- und Handelsorganisation hielt, indem er tatsächlich folgendes meinte: Der Schnellfüttertempel verleite die Leute, von der Autobahn abzufahren. Natürlich sei so der Betrieb überlastet, sodaß die hungrigen Mäuler weiter in den Ort vorstoßen und diesen nach ausgedehntem Bummel (Konsum) wieder verlassen. (gerade jene, welche in 10 min essen wollen, jaja). Außerdem könnten die Ortsansässigen ihre Kinder zu Mc Donalds schicken, wenn sie selber gut essen gehen wollen.

Die Initiative hatte in den oberösterreichischen Medien erstaunlich viel Widerhall gefunden (Krone, Kurier, OÖN,...) — natürlich in entgegengesetzter Richtung. Un erwähnt darf nicht bleiben, daß die Gesellschaftsstruktur der ländlichen Gebiete den Aufbau einer kritischen Öffentlichkeit erschweren (keine urbane Anonymität) und die inoffizielle Repression nicht nur von amtlicher Seite sehr viel persönlicher ausgeübt wird. (Beispiele wollen wir gegen den Willen der Bevölkerung nicht veröffentlichen)

Infos, Spenden, Solibriefe und Unterschriften an:

Franz Pramberger

Muhltal 105

4655 Vorchdorf

AutorIn dieses Artikels: TATblatt-Linz

Literatur: Peter Heller: Das Brot des Siegers

Lamuv-Verlag

weitere Quellen: ÖIE-Aktionsmappe »Solidarisch Handeln«

Hallo; eine Gewerkschaftszeitung

Japan: Regenwaldzerstörer Nr. 1

Japan, weltbekannt und vielgepriesen ob seiner Umwelt- und Naturschutzpolitik, hält das eigene Land sauber und wütet im restlichen Asien. Ohne Rücksicht auf Verluste, sei es Menschen betreffend oder die Natur.

(TATblatt-Wien)

Donnerstag, 7. September, Wien, Argentinierstraße: Das Geräusch einer gequälten Motorsäge raunzt sich in die Ohren der PassantInnen und wohl auch durch die geschlossenen Fenster der japanischen Botschaft. Ein Baum fällt und bringt die Welt zum Zerspringen (siehe Foto [Anm. eines Redaktionsmitglieds: für ganz Dumme]). PseudojapanerInnen beweisen in einem Wettlauf gegen die Zeit, wie schnell der asiatische Regenwald abgeholzt sein kann.

Mit diesem symbolischen Akt wollten Global 2000, Friends of the Earth und das Indonesien-Komitee die natur- und menschenverachtende Holzwirtschaftspolitik Japans an die Öffentlichkeit bringen.

Japan ist der weltgrößte Importeur von Tropenholz (hauptsächlich aus SO-Asien). Es verbraucht allein fast ein Drittel der Menge, die auf dem Weltmarkt gehandelt wird. In den 60ern und 70ern waren es v.a. die Philippinen und Indonesien, die dran glauben mußten, jetzt ist Malaysia an der Reihe. Japan mußte auf neue Lieferländer ausweichen, weil die einstmaligen Ressourcen erschöpft, die Wälder vernichtet waren. Thailand, Indonesien und bald auch die Philippinen sind dazu gezwungen, heute selbst Holz für den Eigenbedarf zu importieren.

Der Holz- und Papierverbrauch in Japan ist im internationalen Vergleich extrem hoch. So liegt z.B. der jährliche pro-Kopf-Papierverbrauch doppelt so hoch wie in Europa.

Japan führt Holz überwiegend als Rohstoff ein. Es importiert vor allem Stammholz, das im eigenen Land gesägt und verarbeitet wird. 80% des importierten Tropenholzes wird zu billigem Sperrholz verarbeitet, das vor allem der Verschalung von Beton dient und nur ein- bis zweimal verwendet werden kann. Weitere Verwendung findet es als Plakatafeln, Wegwerf-Eßstäbchen, in der Papierindustrie und für

anspruchsvolle Möbel.

Die 15 größten japanischen Handelshäuser, wie z. B. C. Itoh, Mitsui und Mitsubishi, haben den Handel mit Tropenholz fest in der Hand. Sie finanzieren die Holzgewinnung in den Ausfuhrländern, vergeben Kredite für die Holzverarbeitung in Japan und handeln dann mit den Produkten. Durch Investitionen nehmen sie auch Einfluß auf die Länder, in denen das Holz gewonnen wird. Es gibt Verbindungen zu staatlichen Entwicklungshilfe-Organisationen, die wiederum Projekte zum Ausbau

denvolk und durch die rücksichtslose Abholzung zur Seßhaftigkeit gezwungen. Durch diese erzwungene Umstellung ergeben sich für sie u.a. ernsthafte Versorgungsprobleme, da sie mit dem Ackerbau nicht vertraut sind. Seit 1987 blockieren sie immer wieder Straßen, um ihren Lebensraum erhalten zu können. Es kam im Laufe der Zeit zu zahlreichen Festnahmen und Haftstrafen, die wiederum die Situation der Angehörigen verhärteten. Allerdings mußte erst im heurigen Frühjahr ein Prozeß abgesagt werden, weil inzwischen



der Holzgewinnung unterstützen. So wurden z.B. 1987 in Malaysia 200 Mio. Yen in den Straßenbau investiert, der den örtlichen Gemeinden und dem Aufbau einer Schule dienen sollte, jedoch vielmehr dem Holztransport nützlich war.

Aber nicht nur durch die ökologischen Folgen des Raubbaus sind Menschen betroffen. Malaysiens Regenwald ist die Heimat der Penans und anderer Ureinwohner, deren Lebensgrundlage ernsthaft gefährdet ist. Die Penans sind ein Noma-

die internationale Aufmerksamkeit zu groß geworden war. (Übrigens ist Malaysia auch für Österreich der größte Tropenholzlieferant!)

Und das alles, obwohl Japan selbst zu 68% bewaldet ist. Doch höhere Lohnkosten der Holzarbeiter und Umweltschutzaufgaben machen das einheimische Holz weniger attraktiv gegenüber den Billigimporten aus den Tropen...

AutorIn: TATblatt-Wien

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	--	--	--

"Du darfst hier nicht nach Österreich"

Kemal kam 1987 nach Österreich. Er ist Kurde und wurde in der Türkei aufgrund seines Interesses für die Geschichte und Situation seines Volkes als 19jähriger verhaftet, gefoltert und verbrachte vier Jahre im Gefängnis in Diyarbakir.

(TATblatt-Wien)

Neben formellen Fehlern (so wurde zB. das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen nicht informiert) wird an Kemals Lage die menschenfeindliche Flüchtlingspolitik des Innenministeriums deutlich. So stellt das BMI in einem seiner Bescheide fest, in der Türkei würden Kurden als ethnische Gruppe nicht verfolgt. Und Massenverfahren und Urteile, die nur mehr als brutale Repression bezeichnet werden können, sind der österreichischen Rechtssprechung nicht fremd: Verfahrenszusammenlegungen und Paragraphen wie den § 246 StGB ("Staatsfeindliche Verbindungen") kennt auch das österreichische Strafrecht, auch wenn sie nicht in dem Ausmaß wie in der Türkei angewendet werden.

(Wie der Wehrgesetzparagraph 54 gezeigt hat: Das kann sich schnell ändern.)

Der Formalfehler gibt Kemal die Möglichkeit, das Verfahren über den Verwaltungsgerichtshof neu aufzurollen. Sollte der VGH negativ entscheiden, droht Kemal im schlimmsten Fall die (in Österreich immer wieder praktizierte) Abschiebung in die Türkei.

Interview am 1. August 1989

Wie ist es dazu gekommen, daß du verhaftet wurdest ?

Ich wurde am 16. Februar 1981 verhaftet.

Mit welcher Begründung ?

Bevor ich in der Türkei verhaftet wurde, habe ich mich für den kurdischen Befreiungskampf interessiert. Ich habe Zeitungen, Bücher gelesen; ich war damals jung, ich habe Interesse gehabt. Was kann man gegen diese Unterdrückung machen, wie kann man ein Volk befreien ? Vor der Militärjunta hat es in der gesamten Türkei viele Gruppierungen gegeben; ich habe mich aber nur für die kurdische Problematik interessiert. Als die Militärjunta kam, wurden viele jugendliche Kurden und auch Türken, die linken Organisationen ange-

hörten, verhaftet. Ich wurde in Diyarbakir ins Gefängnis gesteckt und gefoltert; von 1981 bis 1985. In dieser Zeit wurde ich etwa hundertmal zum Gericht gebracht. Als ich freigelassen wurde, wurde ich sofort wieder verhaftet und zum Militär gebracht. Beim Militär habe ich mit eigenen Augen gesehen, wie viele junge Kurden umgebracht wurden. Gegenüber den Zeitungen und dem Staat wurde dann gesagt, sie wären beim Training aus eigener Schuld umgekommen. Das konnte ich nicht aushalten. Während meiner Militärdienstzeit wurde ich wieder verhaftet, nach Diyarbakir zurückgebracht und dort sechzig Tage lang gefoltert; zum Beispiel wurde mir meine Hand gebrochen. Danach wurde ich wieder zum Militär zurückgebracht, mußte meine "Pflicht" erfüllen. Dann habe ich einen falschen Paß ausstellen lassen und so bin ich über Jugoslawien nach Österreich gekommen. Hier habe ich um politisches Asyl angesucht.

Hat ein regulärer Prozeß stattgefunden ?

Der Prozeß wurde nicht gegen mich alleine, sondern gegen eine ganze Gruppe zusammen geführt. Einmal waren es 106, ein anderes Mal 213 Menschen, gegen die der Prozeß stattfand.

Bist Du über die Grenze zwischen Jugoslawien und Österreich mit dem falschen Paß quasi legal überquert oder bist Du über die "grüne Grenze" gegangen ?

Illegal, nördlich von Maribor. Beim ersten Versuch wurde ich erwischt.

Von den jugoslawischen oder österreichischen Grenzern ?

Von den österreichischen.

Hast Du den österreichischen Grenzern gesagt, daß Du um Asyl ansuchen willst ?

Er hat gesagt: "Du darfst hier nicht nach Österreich hinein". Beim zweiten Versuch habe ich es dann geschafft.

Wie hast Du Dich damals verständigt ?

Ein Kurde hat mir beim Übersetzen geholfen.

Und beim zweiten Versuch ?

Beim zweiten Mal hat mich niemand gesehen.

Wo hast Du den Asylantrag gestellt ?

Im Lager in Traiskirchen.

Wie ist es Dir in Österreich weiter gegangen ?

Als ich nach Wien gekommen bin, habe ich Leute aus Kurdistan getroffen und sie gebeten, sie sollen mir helfen, ich will um Asyl ansuchen. Sie haben mir einen Verein gezeigt, "Hevkom", die mich dann nach Traiskirchen gebracht haben. Dort gibt es einen Dolmetsch, und so habe ich dort um Asyl angesucht. Vom Traiskirchener Lager wurde ich in die Steiermark nach Friedberg geschickt. Dort habe ich gesagt, ich will studieren; ich wurde dann nach Wien geschickt, seitdem bin ich in Wien in einer Pension. Zu Sprachkursen oder zum Studieren wurde ich nicht zugelassen.

Wann bist du nach Österreich gekommen ?

Dezember 1987.

Wie lange warst Du in Traiskirchen ?

Von 16. Dezember 1987 bis Mitte Januar, danach in der Steiermark, Friedberg.

Wann bist Du nach Wien gekommen ?

Im Juli 1988.

Wie geht es Dir jetzt; wie stellst Du Dir vor, daß es in Zukunft weitergeht ?

Ich bin noch jung, 27 Jahre alt. Ich würde gerne studieren oder etwas anderes machen. Ich darf nicht arbeiten, ich darf nicht studieren. Wenn ich frage, ich möchte studieren, werde ich gefragt, wo ist dein Paß ?

das Interview wurde von jemandem vom TATblatt-Wien gemacht.

Türkei und Nordkurdistan: Hungerstreik politischer Gefangener vorläufig beendet

(TATblatt-Wien)

Der am 29. Juni '89 von politischen Gefangenen in der Türkei und Nordkurdistan begonnene Hungerstreik wurde, nach offiziellen Einlenken der türkischen Regierung auf die Forderungen der Häftlinge, unterbrochen. Die Regierung beteuerte, sie wolle 57 Punkte des "1. August-Dekretes" zurücknehmen. Dieses Dekret umfaßt 62 Punkte, die das Leben der politischen Gefangenen in den Knästen "regeln" soll. Um den Charakter dieses Papiers zu verdeutlichen hier einige Beispiele daraus: einheitliche Kleidung ist vorgeschrieben, Haare und Bart müssen geschoren sein, Gespräche mit AnwaltInnen sind nur im Zimmer eines Aufsehers möglich, Besuch ist nur von Familienangehörigen 1. und 2. Grades erlaubt oder linke/fortschrittliche Zeitungen sind verboten.

Doch das Versprechen der Regierung, dieses Dekret fast vollständig rückgängig zu machen, wurde nicht erfüllt. Es vollzogen sich lediglich einige Verbesserungen in den türkischen Knästen. Und darum ist es möglich, daß die Gefangenen den Hunger-

streik wieder aufnehmen.

Seinen Ausgang nahm der Hungerstreik im Knast von Eskishehir, doch um den Streik im Keim zu ersticken, ordnete das Justizministerium die Verlegung der Gefangenen in den Knast von Aydin an. Bei diesem Gefangenentransport kamen zwei Häftlinge ums Leben, was auf den geschwächten Gesundheitszustand zurückzuführen ist.

Im Laufe des Hungerstreiks stieg die Zahl, der sich im Hungerstreik befindlichen Personen, auf bis zu 2000 an, und auch viele Menschen außerhalb der Knäste solidarisierten sich und schufen eine breite Öffentlichkeit für das Anliegen der politischen Gefangenen.

Das Einlenken von Seiten der Regierung auf die Forderungen der Gefangenen ist wahrscheinlich damit zu erklären, daß sie einen Verlust ihres Ansehens als "demokratischen" Staat auch in Westeuropa befürchtete.

HUNGERSTREIK AUCH IN WIEN

In der Wiener Opernpassage fand vom 8.8.89 bis zum Abend des 16.8.89 ein Soli-

daritätshungerstreik von Türken und Kurden statt. Ein Aktionskomitee, bestehend aus 13 kurdischen und türkischen Organisationen, koordinierte diese Solidaritätsaktion.

Es wurde eine klare Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung zum Hungerstreik in der Türkei und zum Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden gefordert. Weiters sollte eine Kommission das Vorgehen der türkischen Regierung untersuchen. Auch sollte zum Hungerstreik und zur Offensive gegen das kurdische Volk eine ausführliche Berichterstattung im ORF gebracht werden. Davon wurde natürlich nichts erfüllt. Der Hungerstreik wurde vielmehr auf Druck des Wiener Bürgermeisters Zilk, der sich aus Sorge um die TouristInnen schon des öfteren bemüht gefühlt hatte, Hungerstreiks in der U-Bahn-Passage gewaltsam auflösen zu lassen, abgebrochen.

AutorIn: TATblatt-Wien

Es folgt der übliche Hetzartikel gegen den orange-grünen Senat in West-Berlin:

(TATblatt-Wien)

Mit Innensenator Pätzold hatte der orange-grüne Senat zwar einen Mann an die Spitze der Westberliner Polizei gebracht, der selbst SPD-intern als rechter verschrien ist, doch bei der Durchsetzung der ohnedies rein kosmetischen Veränderungen im Innenressort happert es trotzdem ein wenig. Pätzold hatte sich Ende vergangenen Jahres als Mitglied der parlamentarischen Kontrollkommission für den Westberliner Verfassungsschutz (PKK) einen Namen gemacht, als er die Verfassungsschutz-Besitzelung der TAZ, der Grünen und letztlich auch seiner eigenen Person Medienwirksam vermarkten konnte. Mit den Worten "der Verfassungsschutz muß an Haupt und Gliedern reformiert werden" warf er sich Anfang März dieses Jahres in die inzwischen verlorene Schlacht. Mit Unterstützung der "deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund", deren Mitglieder zu etwa 25% den Republikanern angehören oder ihnen zumindest nahestehen, schaffte etwa der ehemalige Referatsleiter "Linksextremismus

und Auswertung" nach Anrufung des Verwaltungsgerichtes die Aufhebung seiner Versetzung. Und auch der meistgehaßteste Mann im Westberliner Strafvollzug, der Sicherheitschef der Haftanstalt Moabit, darf per Verwaltungsgerichtsbeschluss wieder Gefangene terrorisieren.

Verwundert müssen nun SPD wie Grüne feststellen, daß sie bei den Höchststrichern nicht gerade beliebt zu sein scheinen. In einem ähnlichen Fall nach dem Wahlsieg der CDU 1981 hatten nämlich dieselben Richter "erkannt", daß "Veränderungen, die sich aus der verwaltungsmäßigen Umsetzung des politischen Programms einer neuen Regierung ergeben, (...) die Umsetzung eines Beamten (rechtfertigen)".

Aber nicht nur die "unabhängigen Gerichte" machen Probleme. Als law-and-order-hardliner Kittlaus, seines Zeichens Landespolizeidirektor von Westberlin, in seiner Allmacht beschnitten werden sollte, brauchte er sich die Mühe der Gerichtsanrufung gar nicht mehr zu machen. Das "No" kam diesmal direkt aus der Clayallee,

der Verwaltungszentrale der "alliierten Freunde". "Die Alliierten und das Beamtenrecht", freut sich der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, "stoppen Pätzolds personalpolitischen Amoklauf".

An diesem Beispiel zeigt sich besser als an allen anderen, welche Aufgaben dem orange-grünen Senat zugedacht sind: Er soll für ein bißchen weniger Umweltverschmutzung, dafür für ein bißerl mehr soziale Harmonie sorgen. Sobald grundsätzliche Probleme, etwa eben der Repressionsapparat auch nur kosmetisch angefaßt werden, haut der Spielleiter den bösen Kindern mit dem Staberl fest auf die Finger. Wohl in der Hoffnung, sie mögen es sich für die Zukunft merken und sich auf die ihnen zugedachten Aufgaben beschränken.

Sich darüber zu empören ist müßig: Es gibt keine Alternative zur Revolution

AutorIn:
TATblatt

Quelle: Interim – wöchentliches Berlin-Info

Reales Milgram-Experiment in BRD-Gefängnis

Elektroschocks gegen unliebsame Gefangene

Den folgenden Brief hat eine "soziale" Gefangene des Gefängnisses Köln Ossendorf geschrieben. Sylvia hat sich im April dieses Jahres mit eigenen Forderungen am Hungerstreik beteiligt. In ihren Briefen berichtet sie über "Ergebnisse" des Hungerstreiks: Über die planmäßige Folter, der sie ausgesetzt wurde.

Es kommen viele Anfragen, ob sich die Haftsituation für uns, das Kollektiv Bel Fior (Kollektiv von Gefangenen in Köln-Ossendorf; red.) nach dem Hungerstreik verbessert oder verschlechtert hat.

Zuerst mal vorweg bedaure ich, daß jetzt erst der Hungerstreik der RAF Zusammenhänge entstehen läßt vom Knast nach Draußen. Das hätte viel eher geschehen müssen, da es unbedingt wichtig ist, Kollektive zu gründen und sich einfach mit draußen zu ergänzen.

Mir scheint, die ganze Knastpolitik ist in den letzten Jahren zu wenig beachtet

worden und dadurch sind große Lücken entstanden und es fehlte an Vermittlungen und Zusammenarbeit.

Zu meiner Haftsituation nach dem Hungerstreik hier ist ganz deutlich geworden, daß sie nach dem Hungerstreik gezielt Mittel und Wege suchen, um mich von jeder Seite zu bekämpfen. Sie verkürzen meine Besuchszeiten nach ihrem Belieben. Täglichen Schikanen sind wir ausgesetzt. Ihnen ist jedes Mittel recht, um dich müde zu machen und jede Schwäche an einem ist ihr Sieg.

Erst letztens wurde ich unter dem

Vorwand einer neurologischen Behandlung in der Uniklinik Köln gefoltert. Mir wurde mitgeteilt, daß eine Lungenuntersuchung anstünde, die eigentlich notwendig gewesen wäre. Sie ließen mich 4 Stunden in einem Wartezimmer mit Handschellen und 2 Mann Bewachung warten. Die vielen Blicke und Anstarren bedeuteten Erniedrigung und Demütigungen, denen man ausgesetzt war. Nach 4-stündiger Wartezeit schob man mich in das Arztzimmer. Auf mein Anfragen bezüglich der ärztlichen Schweigepflicht dritten gegenüber ging er nicht näher ein mit der Bemerkung, die Beamten würden schon die Schweigepflicht einhalten. Während der Untersuchung bestand ich wieder darauf, die Schweigepflicht einzuhalten. Der junge Arzt meinte in einem arroganten und verletzenden Ton, was ich denn wolle, ich wüßte ja selber, woher ich käme und ich hätte nichts zu bestimmen. Nach der körperlichen Untersuchung führten sie mich eine Etage höher, um, wie man betonte, die eigentliche Untersuchung zu machen. Ich trug immer noch die Handschellen während der Untersuchung und der Blutabnahme. Die angebliche wichtige Untersuchung bestand darin, mir lange dicke Nadeln (7-8cm) in die Arm- und Beinmuskeln zu stecken. An den Enden der Nadeln waren Elektrokabeln und sie wurden dadurch unter Strom gesetzt, der nach und nach hochgedreht wurde. Das wurde bis zu 20-25 Mal hintereinander gemacht. Bei jedem Stromschub bäumte sich mein ganzer Körper vor Schmerz. Es war eine schmerzende Prozedur. Das Ziel der Nadeln war, meine Nerven anzupeilen. Während der anhaltenden Prozedur wurde von fachmännischen Studenten ein Gerät beobachtet, um die Werte der Ergebnisse abzulesen. Sie ließen sich verdammt viel Zeit und wiederholten den Vorgang immer wieder. Das schlimmste war wohl, daß sie immer wieder die Nadeln herauszogen, und an verschiedene Stellen anbrachten. Zum Schluß nahmen sie sich meine Hände vor und stachen dort die Nadeln rein. Die Schmerzen wurden unerträglich, ich lag immer noch gefesselt auf der Liege, bäumte mich durch den Schmerz ganz hoch und schrie ganz laut. Der Schmerz ließ mir die Tränen laufen, so sehr stand ich unter Anspannung. Der Schweiß brach mir aus und ich bekam Nasenbluten, ein mir bekanntes Zeichen, wenn eine totale Anspannung und Er-

Welche rufen da nach Mister X? Brief von Ingrid Strobl

Kaum war Ingrid Strobl — nicht zuletzt deswegen, weil sie nicht verraten wollte, wem sie den von ihr gekauften Wecker weitergegeben hatte — verurteilt, begab sich Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer auf die Suche nach dem Wecker-Empfänger. Sie ging gar soweit daß sie den 37jährigen Uli D. als den langgesuchten "Mister X" nahmhaft machte und ihn obendrein als agent provocateur des Verfassungsschutzes diffamierte.

Zu dieser zweifelhaften Vorgangsweise, über die wir schon in TATblatt-minus-87 ausführlich berichtet hatten, erreichte uns nun folgender Brief Ingrids:

"ERKLÄRUNG ZU DEN ARTIKELN IN EMMA 7 UND 8/89

Die Ereignisse der letzten Monate — und die diversen Reaktionen darauf, die ich hier mitbekomme — veranlassen mich nun doch noch eine Stellungnahme abzugeben, zu den absurden Unterstellungen gegenüber Uli D.

1. Uli D. ist nicht »Mister X.«
2. Uli D. ist kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Ich kenne Uli D. und halte derartige Spekulationen für absurd, sie finden in seinem Verhalten nicht die geringste Grundlage.
3. Ich bin erschrocken und wütend

darüber, daß ich durch meine Einlassung offenbar einige Leute dazu veranlaßt habe, Privatdetektiv zu spielen, und sich auf die Suche nach »X« zu begeben.

Diese Spekulationen haben keinerlei »positiven Effekt« für mich. Sie haben meine Erklärung, die sich allein auf den Prozeß bezog, in eine Richtung genutzt, die mir bei aller Phantasie nicht in den Sinn gekommen wäre. Hätte ich das auch nur geahnt, dann hätte ich es frühzeitig verhindert und solchen Möglichkeiten keinen Raum gegeben.

Ingrid Strobl
Essen, 18.8.1989"

schöpfung vorliegt. Zwischen den Stromstößen wurde mir keine Atempause gelassen und durch meine Befesselung konnte ich mich kaum wehren. Die bewachenden Beamten von der Anstalt baten darum, die Untersuchung abzubrechen, was nicht geschah, worauf die Beamtin den Raum verließ. Später teilte sie mir mit, ihr wäre schlecht geworden und sie hätte es nicht mehr länger mit ansehen können. Der männliche Beamte, der zugegen war, drehte sich weg, um es nicht länger mitanzusehen zu müssen. Am Ende der "Untersuchung" konnte ich kaum gehen. Es schmerzte alles, mir war schwarz vor den Augen und ich mußte mich öfters hinsetzen. In der ersten körperlichen Untersuchung diagnostizierte der Arzt eine Nervenentzündung. Die Ärzte, die diese Folter auswerteten, meinten, es sei nichts richtiges festzustellen und man müßte da nochmals andere elektrische Untersuchungen machen, allerdings auch wieder mit Elektrokabel. Es war ein schlimmes Erlebnis. Die Nadeln wühlten sich bis auf die Nerven ins Fleisch und sie stochern dann drauf rum. Ich war danach ziemlich erschöpft, mir tat alles weh. Ich brauchte einen Tag, um mich wieder zu fangen und zu erholen. Ich denke, es handelt sich um Versuche von Folterknechten, wo sie eine Gefangene für brauchen und gleichzeitig zielte es direkt auf meinen Kampf hier. Das ist so üblich hier, sie suchen sich die Schwachen* aus, um ihren Widerstand zu brechen und sie gefügig zu machen. Hinzu befürchten sie kein Nachspiel ihrer Schikanen, da eine Öffentlichkeit fehlt. Und man steht da erstmal alleine mit diesen ganzen üblen und miesen Erfahrungen.

Gerade hier in Ossendorf überlegen sie an weiteren Veränderungen. Zur Zeit finden viele Konferenzen statt. Es gehen Gerüchte rum, daß sie demnächst gar nicht mehr die Zellen aufschließen, lediglich Umschluß zulassen. Das würde bedeuten, nur noch auf der Zelle. Sie versuchen jetzt schon, die Gefangenen daran zu gewöhnen, indem sie das jetzt schon täglich ändern und verkürzen. Das hat den Vorteil, daß die Gefangenen nicht so direkt damit konfrontiert sind und sich den Änderungen willig fügen.

Gerade jetzt haben sie eine Gefangene 23 Stunden eingesperrt mit der Begründung, es bestehe eine Gewalttätigkeit. In den ersten Tagen lief sie noch frei auf der Station rum. Dann wurde ihr nicht mehr aufgeschlossen, bzw. wehrte sie sich, um aus der Zelle raus zu kommen. Sie schimpfte laut, mit Vorliebe nachts, was wiederum die Mitgefangenen stört und die Gefangenen sauer auf sie sind und sie anbrüllen, sie solle still sein. Die Arbeit der Wachteln übernehmen bereits die Gefangenen.

Sie haben hier ein ausgetüfteltes Programm, um Menschen fertig zu machen.

Das sind die Knäste von heute. Erschreckend langsam tödend — das ist das Ziel ihrer Knäste.

Silvia Engelke
Haus 13 Ossendorf am 30.7.1989
Kollektiv Bel Fior

Bemerkung der Red.: Ein Detail, aber immerhin. Es handelte sich, wie auch aus den Erklärungen ersichtlich, nicht um einen Hungerstreik der RAF, sondern um einen Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF mit dem Ziel, die Haftbedingungen zu ändern. An diesem Hungerstreik beteiligten sich sehr

viele andere Gefangene mit eigenen Forderungen. Diese Bemerkung erscheint uns als wichtig, um der Geschichtsfälschung der Bundesanwaltschaft entgegenzuwirken. Der Vorwurf der Geschichtsfälschung soll aber natürlich nicht Silvia oder das Kollektiv treffen!

*schwach meinen wir in dem Sinn, daß sie als soziale Gefangene weniger Öffentlichkeit hat und deswegen schikaniert wird, stark ist sie in Bezug auf ihren Kampfgeist.

entnommen aus Interim — wöchentliches Berlin-Info

20 Jahre britische Besatzung Nordirlands

(ak)

Vor 20 Jahren, am Nachmittag des 14. August 1969, intervenierte die britische Armee in Nordirland. Ihr erster Einsatzort war Derry, wo die katholische Bevölkerung sich in ihren Vierteln verschanzt hatte und den Angriff protestantischer Faschisten und der (ebenfalls protestantischen) Polizei erfolgreich Widerstand leistete. Zu den Mythen der jüngsten Etappe des anglo-irischen Konflikts zählt, daß London die Armee entsandte, um den bedrängten KatholikInnen beizustehen und eine demokratische Reform des Apartheidsystems durchzusetzen. Doch tatsächlich ging es der britischen Regierung primär darum, "law and order" in der Provinz wiederherzustellen, wo die Polizei nicht mehr dazu in der Lage war, die rebellierende Minderheit zu bändigen. "Die britische Armee kam 1969 nicht, weil wir angegriffen wurden, sondern weil wir uns zum ersten Mal seit Gründung dieses vermurksten, armseeligen Halbpeny-Bastard-Staates gewehrt haben", erklärte die Bürgerrechtlerin, Sozialistin und ehemalige Unterhausabgeordnete Bernadette Devlin-McAliskey aus Anlaß des Jahrestages.

Als die Demokratisierung des nordirischen Separatstaates von britischen Gnaden ausblieb und die Armee stattdessen zur einseitigen Entwaffnung der Minderheit überging, kam die Stunde der IRA, bis dahin eher eine Randerscheinung der Bürgerrechtsbewegung. Zahlreiche junge Menschen strömten in die Organisation, die Verteidigung gegen protestantische/loyalistische Pogrombestrebungen wie Gegenwehr gegen die britische Besatzer versprach. Schon bald avancierte die IRA in den katholischen Gettos zur "Peoples Army".

Der Jahrestag wurde von schweren Unruhen begleitet. Bereits eine Woche zuvor hatte die Polizei einen 15-jährigen katholischen Jugendlichen mit einem Plastikgeschosß getötet. In Belfast und Derry gingen Tausende von KatholikInnen auf die Straße, um den Abzug der britischen Armee zu fordern. Im Anschluß an die Demonstration in Derry lieferten sich katholische Jugendliche und die "Sicherheitskräfte" eine erbitterte Schlacht. Polizei und Armee setzten erneut Plastikgeschosse ein und schossen mit scharfer Munition in die Luft. Daß es wieder einmal vor allem die katholische Ghettojugend war, die den Besatzern militanten Widerstand leistete, stimmt kaum verwunderlich: Diese Jugendlichen, zumeist im Alter von 8 bis 16

Jahren, haben nie etwas anderes erlebt als schwer bewaffnete Soldaten und Polizisten vor ihren Häusern. Und die britische Herrschaft wird ihnen auch in den kommenden Jahren nichts anderes anzubieten haben als brutale Repression und soziale Perspektivlosigkeit.

Die britische Besatzung hat Nordirlands KatholikInnen weder politische Demokratie noch soziale Gerechtigkeit, geschweige denn Frieden gebracht. Nordirland wird unverändert unter Anwendung der Notsatzgesetze regiert, faktisch herrscht in der Provinz das Kriegsrecht. Die katholische Arbeitslosigkeit hat sich seit 1969 verdoppelt und beträgt noch immer das zweieinhalbfache der protestantischen. Vor allem aber hat die britische Intervention — seinerzeit als Friedensmission ausgegeben — der Provinz keinen Frieden gegeben. Was zunächst nur wie ein kurzer Ausflug aussah, entwickelte sich zu einer nunmehr bereits 20jährigen Besatzung. Seit 1969 sind nahezu 2.800 Konflikttote zu beklagen in einem Land dessen EinwohnerInnenzahl unter der Hamburgs liegt. Die britische Armee verlor über 400 Soldaten, mehr als in jeder anderen kriegerischen Auseinandersetzung, in der sie nach 1945 verwickelt war. Die Verluste der Polizei und des Ulster Defence Regiments (UDR), einer nordirischen Einheit der britischen Armee, betragen zusammengekommen ebenfalls über 400. Ca 300 Konfliktopfer waren Mitglieder der IRA oder anderer republikanischer Organisationen. Die Mehrheit der Konflikttoten waren jedoch ZivilistInnen, wobei die "Sicherheitskräfte" und die protestantischen/loyalistischen Todesschwadronen für weit mehr zivile Opfer verantwortlich zeichneten als die IRA.

Wie unsicher die britische Stellung in Nordirland noch immer ist, mögen die folgenden Zahlen verdeutlichen: Noch immer sind 10.000 britische Soldaten im Land, die über 20.000 Polizisten und UDR-Mitglieder unterstützen. Jeden Tag werden in Nordirland, 3.000 bis 4.000 Kontrollpunkte von der Armee und der Polizei errichtet. Doch nach spätestens einer Viertelstunde räumen die "Sicherheitskräfte" ihre jeweilige Position wieder, da mit jeder Minute die Gefahr von IRA-Anschlägen steigt.

entnommen aus: »Arbeiterkampf« 309, vom 21. August 1989.

2000 Hamburg 20; Lindenallee 4

Interview mit einem Mitglied einer Aktionseinheit der IRA

Frage: Was ist das Ziel der IRA heute?

IRA: Unser Ziel ist es immer noch, einen Rückzug der Briten zu erzwingen und eine demokratisch sozialistische Republik, die auf der Erklärung des Osteraufstandes von 1916 basiert, statt der imperialistischen Ausbeuterregierung, zu errichten.

Wie ist eure Strategie?

IRA: Erstens wollen wir die unterdrückten und ausgebeuteten Leute in Großbritannien bezüglich ihrer Regierung ernüchtern. Dann versuchen, die Opposition die gegen das Engagement der Briten in Nordirland sind zu vereinen und den Rückzug der britischen Truppen sicherstellen. Deshalb werden auch Bombardierungen wirtschaftlicher Ziele und der Krieg gegen die bewaffneten britischen Kräfte durchgeführt. Die britische Armee ist der best zu identifizierende Repräsentant des Imperialismus. Die Aktionen gegen sie werden ganz einfach deshalb durchgeführt um den britischen Truppen einen möglichst hohen Verlust an Kriegsmaschinerie zu verursachen. Der bewaffnete Kampf wird auf verschiedenen Ebenen geführt. Angriffe gegen die regulären britischen bewaffneten Kräfte werden ebenso ausgeführt, wie gegen die Royal Ulster Constabulary (RUC) und gegen das Ulster Defence Regiment (UDR). Beide letzteren Gruppen sind paramilitärische Gruppen die quasi ein britisches Regiment darstellen die aus Leuten der loyalistischen Bevölkerung bestehen. Alle Angriffe werden mit dem Ziel gemacht, möglichst große Destabilisierung und eine Spaltung zu verursachen. Nordirland ist abhängig von äußeren wirtschaftlichen Hilfen um stabil bleiben zu können. Dies funktioniert in letzter Zeit auch nicht mehr da es auch immer mehr Arbeitslose unter der protestantischen Bevölkerung gibt. Immer mehr, vor allem Jugendliche, nehmen am Protest der republikanischen Bevölkerung teil, weil sie erkennen, daß die britischen Besatzer für ihre Mißstände mitverantwortlich sind. Die älteren Bevölkerungsteile der Loyalisten sind für die bequemen Vorteile, die ihnen die Besatzer bringen. Doch auch dieser Schein zerbricht immer mehr.

Die Bombenkampagnen werden aber auch deshalb gemacht um den Druck von den katholischen Vierteln zu nehmen. Dies geschieht dadurch, daß oft wirtschaftliche wie militärische Sachen der Briten angegriffen werden, um die Armee auf die Be-

wachung dieser zu konzentrieren.

Wie sieht es mit der Solidarität der Bevölkerung aus?

IRA: Die Situation in Nordirland und die pausenlose Unterdrückung der unteren Klassen bewirkt eine immer breitere Solidarität und auch Radikalisierung der Leute. Der britische Geheimdienst hat vor allem in den katholischen Vierteln keine Chance was von der Bevölkerung zu erfahren, wer jetzt Verbindungen zur IRA haben könnte. Und das ist ein kleiner Teilsieg für uns, da Spitzeln praktisch keine Chance haben.

Wie sieht die Struktur der IRA heute aus?

IRA: Es wurde in den letzten zwanzig Jahren einfach notwendig, die Strukturen unseres Guerillakampfes zu verändern. Die Gründe dafür sind sehr einfach, denn sie kommen aus der Erkenntnis heraus, daß es sich um einen Guerillakrieg handelt, der mit einer konventionellen militärischen Struktur gekämpft wurde, die noch aus den Anfängen der IRA 1916 stammen. Die Strukturen der IRA mußten einfach den heutigen Bedingungen angepaßt werden. Die Vorteile sind offenkundig, daß nämlich eine Organisation auf Zellenbasis die Sicherheit um einiges erhöht hat. Dies ist eine Sicherheit in die die britischen Besatzer und die RUC nur sehr schwierig vordringen können. Die Aufgabe der Kommandostruktur hat auch den Vorteil, daß die IRA keine reine Kriegsmaschinerie mehr ist, sondern sich auch um die Leute und deren Probleme kümmern kann. Die Struktur basiert heute auf kleinen autonomen Zellen die nur einer kleinen Anzahl von Leuten jeweils bekannt sind. Die Versorgungs- und Kommandoverbindungen sind auf nur notwendige Zahl von Menschen beschränkt. So ist die Sicherheit am höchsten und die Briten können in die Strukturen nicht eindringen. Die politische Arbeit nach außen hin wird wieder von anderen gemacht, die im regen Kontakt mit IRA-Leuten sind. So bleibt der Kontakt zur Bevölkerung auch gut.

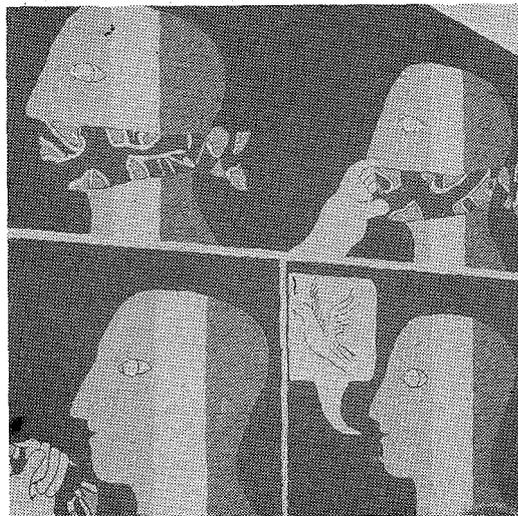
Wie sieht es mit den britischen Mordkommandos aus und dem RUC?

IRA: Die Übergriffe dieser beiden Gruppen auf die Bevölkerung werden

immer brutaler. Dies ist genauso wie mit den Haftbedingungen die immer noch menschenunwürdiger werden. Das verursacht bei der Bevölkerung eine starke Radikalisierung da der Großteil, vor allem der KatholikInnen nichts mehr zu verlieren hat. Sie können nur mehr gewinnen, und wer kämpft hat noch lange nicht verloren.

Wie sieht es mit der Rolle der Frauen innerhalb der IRA aus?

IRA: Frauen spielten und spielen in der Geschichte, und auch jetzt eine große



Rolle. Sie sind innerhalb der IRA genauso wie jeder andere. Sie sind auf allen Ebenen vertreten. Die Einheiten der Frauen sind geschichtlich gesehen die prinzipienfestesten gewesen. Sehr viele Frauen haben sich einfach aus der Notwendigkeit des engen patriarchalen Systems heraus befreit. Dies wiederum stärkte das Bewußtsein gegen die chauvinistischen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft anzukämpfen.

Was ist deine Meinung von der Rolle der IRA in der internationalen "Terrorzene"?

IRA: Die schlimmsten Terrorregimes sind immer noch unterdrückende Staaten und Regierungen, die andere Menschen wegen irgendeinem Grund unterdrücken. Deshalb kann ich mich mit vielen Befreiungsbewegungen solidarisieren die gegen Unterdrückung, Rassismus, Faschismus und Sexismus kämpfen, sei es mit Gewalt oder friedlichen Mitteln. Wir wünschen allen Unterdrückten und Kämpfenden Frieden und Gerechtigkeit.

Das Interview wurde im Sommer 1989 in Belfast für Freedom (anarchistische Wochenzeitung aus London) gemacht.

Euskadi:

Krieg gegen euskadische Gefangene: ständige Verlegung und Zerschlagung von Kollektiven Protestaktion in 67 spanischen Gefängnissen

Noch vor einem Jahr waren die fünfhundert euskadischen (amtssprachlich "baskischen") Gefangenen noch auf knapp 20 Gefängnisse verteilt. Anfang Juli 89 waren es schon über 40. Anfang September befinden sich in über 70 der 82 Gefängnisse im spanischen Staat euskadische Gefangene. Die Strategie der Zerschlagung der Gefangenenkollektive und der Vereinzelung der einzelnen Gefangenen wird in die Totale geführt. Der spanische Justizminister Enrique Múgica bezeichnete seinen Plan am 18. August vor der Presse als "wirksam" und prophezeite: "Bald haben wir die Resultate". Die Gefangenen wehren sich mit allen möglichen Mitteln: Im Juli befanden sich 30 ETA-Gefangene in drei Gefängnissen im Hungerstreik. Am 1. August begannen alle euskadischen Gefangenen, damals noch auf 67 Häfen verteilt, ein "chapeo", eine unbefristete Selbsteinschließung. Das heißt, sie weigern sich in jedem Fall ihre Zellen zu verlassen.

(euskadi-information)

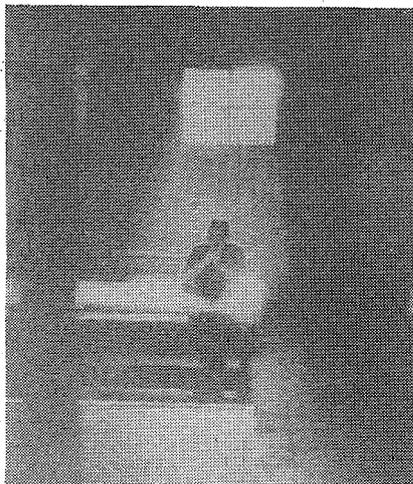
Aufgrund ihres Selbstverständnisses als politische Gefangene im Krieg zwischen dem spanischen Staat und dem euskadischen Volk fordern die Gefangenen primär die Wiederherstellung der Gefangenenkollektive, so wie sie bis vor einem Jahr noch bestanden. Sie verlangen die "Gleichstellung in der Behandlung von uns allen, das heißt, daß in unserer Behandlung und unserer Stellung keine Unterschiede gemacht werden dürfen".

Angesichts der gegenwärtigen Konditionen der Gefangenen — viele einzelisoliert oder geschwächt von Hungerstreiks — und ihrer momentanen relativen Wehrlosigkeit, in der sich die zerrissenen Kollektive befinden, wählten die Gefangenen als Form des Protests das "chapeo indefinido" (Selbsteinschließung auf unbestimmte Zeit). Das heißt, sie verweigern in jedem Fall ihre Zellen zu verlassen.

Die Gefangenen denunzieren in ihrem Communiqué ihre Eingliederung in den "Normalvollzug", das heißt, in ein differenziertes Hafensystem, mit den sozialen Gefangenen vermischt, und in dem verschiedene Vollzugsgrade, je nach "Gefährlichkeit" und "Betragen" der Gefangenen, herrschen. Die spanische Regierung verfolgt damit das Ziel, daß Gefangene ihren Grad wechseln können, weil sie positiv aufgefallen seien, somit den Häfen akzeptieren und damit den ersten Schritt zur "sozialen Wiedereingliederung" machen. Damit soll nicht nur die alte These von harten und weichen Earras (ETA-AktivistInnen) belegt werden, es wird auch versucht, Gefangene quasi zwangsweise "wiedereinzugliedern". Einzelnen Gefangenen wird offener Vollzug oder Erleichterung der Haftbedingungen angeboten. Weigern sie sich, werden sie zB zum Hofgang gezwungen. Der Öffentlichkeit wird dies dann als "erfolgreiche Wiedereingliederung" verkauft.

Die Gefangenen denunzieren weiter die katastrophale medizinische Betreuung

in den spanischen Gefängnissen. Der Gefangene Iñaki Erro Zazu beispielsweise, der sich im Juli und August an einem Hungerstreik in Alcalá Meco beteiligte, wurde während der ersten vier Wochen seines Hungerstreiks nicht ein einziges Mal von einem Arzt besucht. Nach 28 Tagen wurde er in das Gefängnisspital von Carabanchel



verlegt und dort nach wenigen Tagen zwangsernährt. Sein Beispiel vermag am deutlichsten aufzuzeigen, wie die spanischen Gefängnisärzte gegenüber euskadischen Gefangenen eingestellt sind (und erklärt auch, weshalb Gefängnisärzte schon Ziel von Aktionen der ETA wurden).

In einem weiteren Punkt verlangen die Gefangenen das verbriefte Recht auf Angehörigenbesuch. Viele Angehörige wurden, nachdem sie zum Teil tausende von Kilometer gereist sind, nicht zu den Gefangenen gelassen. Oder die Gefangenen wurden nach Besuchen gezwungen, sich zwecks Leibesvisitation nackt auszuziehen, eine Praxis, die vor allem auch in den Frauengefängnissen angewandt wird.

Zum Schluß ihres Communiqués betonen die Gefangenen die Notwendigkeit politischer Verhandlungen zwischen

ETA und der spanischen Regierung, um zu einer politischen Lösung aufgrund der Alternative KAS zu gelangen, die als ersten Punkt die totale Amnestie der euskadischen Gefangenen beinhaltet. Eine andere Lösung für ihre Situation sei ausgeschlossen.

Ganz anders sieht das der spanische Justizminister Enrique Múgica. Die Verlegungen sollen weitergeführt werden, bis alle 82 spanischen Gefängnisse Earras einsetzen haben. Und dann sollen sie weiter umherverlegt werden. So beschwerte sich kürzlich ein Madrider Staatsanwalt darüber, daß er den Überblick über das Verbleiben seiner Angeklagten verloren habe und diese so nicht mehr vorladen lassen könne...

Múgica führte am 17. August Verhandlungen mit Gewerkschaftsvertretern der Häfenfunktionäre. Die Verhandlungen wurden nötig, nachdem Funktionäre in den Ausstand getreten waren und mehr Sicherheit vor Aktionen der ETA gegen sie forderten. Die Forderungen fanden ihren Höhepunkt im Vorschlag der Funktionäre, ein einziges Gefängnis für alle euskadischen Gefangenen zu bauen, dessen Führung und Obhut den spanischen Sicherheitskräften obliegen würde. Zu den Protesten der Häfenfunktionäre kam es, nachdem ETA mit mehreren Aktionen berüchtigte Funktionäre angriff. Am 11. August fand dabei die Mutter eines Funktionärs den Tod, als sie ein, an diesen adressierte Paketbombe entgegen seiner Warnung öffnete. Funktionäre des erst gerade eröffneten Supergefängnisses Sevilla II ließen daraufhin verlauten, daß sie im Falle weiterer ETA-Aktionen nicht mehr für die physische Integrität der in Sevilla einsitzenden Euskadis garantieren könnten. Klare Sprache in einem nicht erklärten Krieg.

übernommen aus:
Euskadi-Information
(erscheint alle zwei Monate; CH-8023 Zürich,
Postfach 7323)

Zur Philosophie in Afrika

Vermischte Bemerkungen über einen verleugneten Diskurs

Die europäische Philosophiehistorie, Ethnologie und Afrikanistik verhalten sich cum grano salis bis heute in diffamierender Ignoranz zur Philosophie in Afrika; erst in jüngster Zeit kann man ernsthafte Bestrebungen, sich mit der Philosophie in Afrika entweder direkt oder indirekt, sowohl historisch als auch thematisch auseinanderzusetzen, ausmachen, die ihr Zentrum im deutschsprachigen Raum haben.

(zast)

Aus Österreich wären zu nennen F. M. Wimmer, H. Nagl und H. Klein, für die BRD steht leider der für verstorbenen A. Diemer und der in der BRD wirkende Schweizer U. Zimmerli und schließlich wird die DDR durch die Arbeiten G.R. Hoffmanns und K. Büttners repräsentiert.

Aus der diffamierenden Ignoranz, deren Haupttendenzen zu erwähnen unten besorgt wird, behauptet sich die faktische Ignoranz, die geographisch im Durchschnittsintellektuellen zu lokalisieren ist. Ihre wesentlichste Auswirkung ist, daß im europäischen Diskurs keinerlei Vorwissen zur Philosophie in Afrika existiert, auf welches man reflektierend aufbauen könnte. Man ist so gezwungen, den Stil der Belehrung zu setzen, um nicht einen Essay zu einem Stück hermeneutischer Literatur werden zu lassen. Die Gründe, ohne sie näher auszuführen, für beide Formen der Ignoranz liegen in den ideologischen Bedürfnissen und Legitimationsnöten des administrativen Kleinbürgertums und Großbürgertums Europas, um Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus rechtfertigen.

Den Kolonialisierten wird ihr Menschsein durch Vorenthaltung der selbstgewählten Krone Europas — die Philosophie als Zeichen und Ausdruck von Zivilisation — abgesprochen, bestenfalls will man ihnen ein deformiertes Sein zubilligen, das, selbstredend, die Frucht europäischer Mission sein soll, die euphemistisch "Assimilation" genannt wird. Die natürliche Totalität, also Gemütlichkeit, und der Paternalismus europäischen Kolonialismus standen diesem Begriff Pate, der so eine doppelte Perfidie in sich birgt und verhält. Dieses geistesgeschichtliche Manöver zu demaskieren, ist eines der verbleibenden Verdienste des afrikanischen Philosophen P. J. Hountondji (V. R. Bénin), der kritisch fragt, warum das rational und reflektivkritische Hinterfragen von Nationalchauvinismus und der eigenen Kultur für die europäischen Intellektuellen als sine qua non gelten, hingegen den afrikanischen Gelehrten bloß zu Schimpf und Schande reichen soll. Sie haben sogleich ihre Kultur verraten. Aus dem Ghetto des Folklorismus dürfen sie nur als "Assimilierte" treten,

wollen sie einem intellektuellen Exhibitionismus im Zeichen des Ethnokitsch entkommen. Unversehens enthüllt sich begrifflich die doppelte Perfidie neokolonialer Apologie in der Assimilationsthese:

Nicht nur, daß brutale Eroberungszüge und ökonomische Nötigung und Erpressung verharmlosend zu einer Auseinandersetzung der Kulturen verniedlicht werden, wird diese Verniedlichung schließlich zum Gunsten des Kolonialherren gesetzt, indem den afrikanischen Traditionen, die zudem, wie zB F. Boughedir (Tunesien) und M. Mamdani (Uganda) eindeutig bewiesen, Erfindungen der Kolonialbeamten waren, ein jedes kritisches Potential abgesprochen wird. Last but not least würde die Philosophie ihren ureigensten Anspruch nach Universalität aufgeben, würde sie sich einer Kulturkreislehre unterwerfen, wo, wie E. Bloch in seiner vierten Thübingener These schrieb, die Zeit reaktionär auf den Raum festgenagelt ist.

Dies führt P. J. Hountondji schließlich zu der radikalen These, daß "das moderne Afrika ebenso traditionell ist, wie das traditionelle Afrika. Dies im einzig möglichen Sinn des Begriffes Tradition. Tradition als ein System von Diskontinuitäten."

DIE DIFFAMIERENDE IGNORANZ

Sie kann durch zwei Tendenzen paradigmatisch beschrieben werden: Die eine spricht Afrika eine jede Philosophie, nebst Gesetz, Moral und Religion, ab. Sie wird durch G. W. Hegel und I. Kant repräsentiert, deren dumpfe Vorurteile und Rassismen nicht einmal im eigenen Argumentationsgebäude konsistent sind.

Die andere wird durch P. F. Tempels Werk "Bantu-Philosoph" (Elisabethville 1946) eingeleitet. Er und die, sich aus seinem Werk konstituierende Schule der Ethnophilosophie, wie sie in der kritischen Kritik von führenden PhilosophInnen Afrikas, wie P. J. Hountondji, M. Towa (Kamerun), K. Wiredu (Ghana) und H. Odera-Oruka (Kenya), bezeichnet wird, spricht Afrika als Philosophie eine unbewußte Weltanschauung zu, die erst mit den angeblich superioren Mitteln der Ethnologie und Philosophiehistorie zum Bewußtsein ihrer Selbst gelangt. Der Philosoph V.

Y. Mudimbe (Zaire) spricht in diesem Zusammenhang von der "Erfindung Afrikas" durch Missionare, Ethnologen und Philosophen, die er als "afrikanische Gnosis" in seinem jüngsten Werk "The Invention of Africa" (Indianapolis 1988) analysiert. Über die Ethnophilosophie läßt V. Y. Mudimbe wissen: "Darüberhinaus scheint sie eindeutig einen intellektuellen Prozeß der Manipulation von afrikanischer Erfahrung und afrikanischen Traditionen zu konnotieren."

VERMISCHTES ZU EINEM VERLEUGNETEN DIKURS:

Die zeitgenössische Philosophie in Afrika ist ebenso vielschichtig, widersprüchlich und in sich selbst widerstreitend wie die europäische Philosophie. Erstere weist ebenso ihren historischen Rahmen auf, der gleich wie der Philosophie in Europa durch Diskontinuität und Paradigmatawechseln geprägt ist.

Besonders die letzte Problematik war und ist Anlaß für weitreichende Debatten, die sich im wesentlichen um eine große Frage, die sich in mehreren Variationen stellen läßt, drehen: Wann entstand Philosophie in Afrika, wo sind ihre Ursprünge, was ist ihr Erbe?

Der europäische Diskurs der diffamierenden Ignoranz braucht wohl keine Erwähnung: eine Geschichte der Philosophie, wenn überhaupt anerkannt, existiert nicht.

Ganz anders prominente VertreterInnen der zeitgenössischen Philosophie in Afrika: PhilosophInnen wie Ch. A. Diop (Senegal), L. Keita (Ghana), A. A. Mazrui (Kenya), und politische TheoretikerInnen des afrikanischen Sozialismus, wie L. S. Senghor (Senegal) und K. N. Krumah (Ghana), sehen den Ursprung der Philosophie im klassischen Ägypten, von da aus geht der Weg nach Griechenland, so daß L. Keita und H. Olera (Nigeria) von Aristoteles als afrikanischen Philosophen sprechen. Ja, der nigerianische Philosoph D. Idoniboye geht in diesem Selbstverständnis soweit, daß er eine jede Kritik an Aristoteles verbietet, denn dies hieße das afrikanische Erbe in Schmutz und Schande zu ziehen. Und tatsächlich lassen sich bemerkenswerte Anleihen und Parallelen zwi-

schen nicht nur Aristoteles sondern auch Plato und der ägyptischen Philosophie finden, die hier nachzuvollziehen der Raum fehlt.

Es mag aber reichen, einen prominenten Zeugen für den legitimen Anspruch afrikanischer PhilosophInnen aufzurufen, Aristoteles selbst, der die Rolle Ägyptens als Wiege der Wissenschaft in seiner Schrift zur Metaphysik würdigt. Man kann mit dem Philosophiehistoriker G. James übereinstimmen, wenn er als Conclusio seines Werkes "The Stolen Legacy" die These vertritt:

"Die Wahrheit ist, daß die Griechen nicht die eigentlichen Autoren der griechischen Philosophie waren, sondern die Völker Nordafrikas."

So wenden zeitgenössische afrikanische PhilosophInnen große Energien auf, um an diese Tradition wieder anzuschließen, also die ägyptische und griechische Philosophie, aber nicht nur an diese, sondern man bemüht sich auch der klassischen äthiopischen Philosophie (Cl. Sumner [Äthiopien]) und den islamischen Schulen (K. Gyeke [Ghana]) westsudanesischer Stadtstaaten wie Gao, Timbuktu oder dem Songhaireich, den ihnen gebührenden Platz in der Geschichte der Philosophie Afrikas zuzuweisen.

Man findet so kaum einen Artikel, ganz zu schweigen von größeren Elaboraten, wo nicht Aristoteles, Plato und die griechische Philosophie im allgemeinen Erwähnung und Behandlung erfahren.

Sucht man auf der einen Seite fern von ethnologischer Anmaßung seine Tradition selbst zu bestimmen, ohne Rücksicht auf "Dritte-Welt-Ideologen" und ihrer Sehnsucht nach der paradiesischen 'lost world' zu nehmen, steht auf der anderen Seite, zumeist in Ergänzung, die politische Frage nach Unabhängigkeit, Demokratie, Dekolonialisierung und der Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus und Unterdrückung. Damit setzen sich die PhilosophInnen Afrikas nicht nur in Opposition zum herrschenden Diskurs Europas, der mit Geheimdienstmethoden führende DenkerInnen meucheln läßt, wie A. Cabral (Guinea-Bissau) durch den portugiesischen Geheimdienst oder D. Moumie (Kamerun) durch die französische 'Main Rouge', die auch zwei Mordanschläge an F. Fanon (Algerien) verübte, um nur drei aus unzähligen Beispielen zu geben, sondern auch zur arikanischen Kompradorenbourgeoisie. Deren Ideologie der Négritude und des afrikanischen Sozialismus wird heute von führenden LiteratInnen und PhilosophInnen Afrikas als Instrumentarium zur Rechtfertigung von Ausbeutung afrikanischer Bauern und Bäuerinnen, Frauen, MigrantInnen und ArbeiterInnen gesehen. So von O. P. Bitek (Uganda), A. K. Armah (Ghana), A. M. Babu (Tanzania), Ng. wa Thiongo (Kenya), P. J. Hountondji (VR. Bénin), um nur einige wenige zu nennen.

Im derzeitigen Ideenkampf um die

konkrete Gegenwart und Zukunft Afrikas ist der Marxismus in all seinen Varianten von der Sozialdemokratie (H. Odera-Orika) über den Fanonismus (A. K. Armah) bis hin zum Trotzismus (A. M. Babu) die dominante Tendenz schlechthin, der gegenüber keine weitere existiert, sieht man von den religiösen Bewegungen und der hermeneutischen Schule von Kinshasa (Zaire) ab.

Selbst dem Marxismus reserviert bis ablehnend gegenüberstehende afrikanische PhilosophInnen, wie V. Y. Mudimbe und K. Wiredu, bewerten diesen als die derzeit dominierende Strömung im afrikanischen Diskurs der Philosophie.

Innerhalb des Marxismus mag man grob zwei Haupttendenzen differenzieren: Die eine folgt A. Gramsci, den hervorragendsten Vertreter P. J. Hountondji ist, die andere stellt der Trotzismus dar, repräsentiert durch A. M. Babu. Trotz obligatorischer Differenzen wissen sich beide Strömungen in zwei eminenten Punkten einig:

Ablehnung des Führungsanspruches der KPdSU und Erlangung der Demokratie mit voller Realisierung der Menschenrechte.

Erst in jüngster Zeit kann man die Entwicklung einer veritablen Gegenposition zum Marxismus innerhalb der Philosophie-diskussion Afrikas ausmachen, nämlich den platonischen Anarchismus pragmatischer Orientierung, der seine zarten Anfänge in Ghana aufweist und durch K. Wiredu und B. E. Oguah repräsentiert wird.

Um die widersprüchlichen Ansätze Platonismus, Anarchismus und Pragmatismus zusammenzubringen, legte K. Wiredu das Fundament einer neuen, originellen Epistemologie (laut Duden: Wissenschaftslehre; Anm. d. Tipplers), die zwei Hauptthesen verfißt: "Truth as Opinion" und "to be is to know". Ohne nun auf seine hochkomplexe Beweisführung einzugehen, noch die Validität (Gültigkeit; Anm. d. T) seiner Hauptthesen zu diskutieren, schuf K. Wiredu möglicherweise nicht nur die Grundlage für eine neue tragfähige Ideologie in Afrika, sondern lieferte

auch den durchaus konsistenten (widerspruchsfreien/zusammenhängenden; Anm. d. T) Entwurf einer bisher noch nie dagewesenen Erkenntnistheorie in der bekannten Philosophiegeschichte der Menschheit.

Aus dem bisher Gesagten kann man eine zweifache Aktualität der Philosophie in Afrika erkennen: Einerseits ihr konkreter Kampf um Dekolonialisierung und soziale Gerechtigkeit, andererseits aber in Ergänzung, birgt sie die Chance und Potentialität, die Dialektik der Aufklärung möglicherweise auf eine neue höhere Stufe zu heben, indem der Ratio nicht mehr gestattet wird, sich selbst als gesellschaftliche Instanz zu setzen.

Autor:
Ch. Neugebauer
(ZAST)

Termin:

23./24. Oktober. 1989:
Konferenz »Philosophie, Ideologie und Gesellschaft in Afrika«

Beginn 9.00 Uhr am Institut für Wissenschaft und Forschung (IWK). Thema des 1. Tages: »Philosophie — Ideologie«, Thema des 2. Tages: »Ideologie — Gesellschaft

Informationen: ZAST/Zeitschrift für Afrikastudien; Haydngasse 14/8; 1060 Wien

bezahlte Anzeige:

Solidaritee.

Aus Tansania.
Von Kleinbauern geerntet.



Foto: Pausenwein

5104 Bargheim
Post- und Bahnversand
Lengfelden 169
Tel. 0662/52176

1050 Wien
Obere Amtshausgasse 38
Tel. 0222/543432

6830 Rankweil
Hadeldorfstraße 12
Tel. 05522/41933

EZA
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
mit der dritten welt

In den 3. Welt-Läden

Die Psychoanalyse ist weder Kultur, noch Wissenschaft (nicht Psychologie, nicht Sozialwissenschaft, schon gar nicht Medizin) und bei Psychotherapie bin ich mir nicht sicher, das auch nicht.

Pamphlet gegen die verwaltete Psychoanalyse

Im Zusammenhang mit der Organisation der Psychoanalyse, zuerst als Mittwochsgesellschaft, dann als Wiener Psychoanalytische Vereinigung und 1910 als Internationale Psychoanalytische Vereinigung wurde das Bestreben, die Psychoanalyse nicht in falsche Hände kommen zu lassen, immer größer, "Fehlentwicklungen und "Mißbrauch" sollten verhindert werden. Dies schien eine hierarchische Struktur, ähnlich einem patriarchalen Familienkonzept notwendig zu machen, mit einer "Autorität (...), die zur Unterweisung und Abmahnung bereit sei" (Freud 1914, 85). Dieses Konzept wurde vervollkommen durch die Einführung der verpflichtenden Lehranalyse für zukünftige AnalytikerInnen, die die AnalysantInnen auf viele Jahre an den Lehranalytiker bindet und einige hunderttausend Schilling kostet. Damit wurde eine Vereinigung institutionalisiert, die ihre ökonomische Absicherung in der Ausübung der Psychoanalyse als Therapie fand und sich nach außen abschottete. Die nach dem Krieg von I.A. Caruso als Erweiterung gegründeten Arbeitskreise für Tiefenpsychologie und Psychoanalyse haben sich mittlerweile in der Ausbildungsordnung angepaßt, wenn auch hier NichtärztInnen aufgenommen werden.

Fühlten sich die Begründer anfänglich als Forscher nach radikaler Erkenntnis, führten die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse, Angst vor Repressalien zu Anpassung und Kritiklosigkeit, die immer mehr auch in die Theorie Einfluß gefunden hat. Heftige Kritik gegenüber der aufblühenden Disziplin kam vor allem seitens der naturwissenschaftlich orientierten Psychologie. Manch ein Wissenschaftler konnte sich im Namen der "objektiven Wissenschaft" Prestige verschaffen, wenn er mit den gerade modernen Apparaturen und Techniken die Psychoanalyse als vor- bzw unwissenschaftlich "entlarvte". Die Hochschulpsychologie hält sich aber bei der "Hetzjagd" gegen die Psychoanalyse keineswegs immer an objektive Maßstäbe, inhaltliche Auseinandersetzungen werden, sofern sie nicht vermieden werden können, mittels Personalpolitik entschieden. Während Erkenntnis- und Bedeutungsgehalt der streng wissenschaftlich orientierten Psychologie gering bleibt, ist es nicht gelungen, das Interesse von der Psychoanalyse als Erkenntnisinstrument abziehen.

Die Ausbildungsvereinigungen haben sich alle Mühen gegeben, keinen Staub aufzuwirbeln und dabei die Psychoanalyse beinahe zu Tode verwaltet. Durch die 68-er Bewegung wurde die Psychoanalyse wieder modern. Viele waren von den Erkenntnismöglichkeiten über das vergesellschaftete Subjekt begeistert. Diese Aufbruchsstimmung fand ebenfalls organisatorischen Niederschlag in einem losen Zusammenschluß oppositioneller Gruppen. Diese beklagen eben einerseits die Misere der Lehranalyse und die Sterilität und Isolation der psychoanalytischen Forschung und Theorienbildung, die in der Selbstkattration (Dahmer, 1988,

107) ihre Wurzel hätte.

Mit seinen Forschungen zum Unbewußten hat Freud auch darauf hingewiesen, daß der Mensch bis in den "tiefsten" Grund seines/ihrer Wesens vergesellschaftet ist. Er untersuchte den Prozeß der Verinnerlichung von Werten, Normen, Standards, als "kulturelle Prägung". War es früher "nötig" die Triebnatur des Menschen unter Strafe, als Herrschaft von außen, sozusagen "feudal" zu regulieren, ist es seit der bürgerlichen "Revolution" verstärkt von Interesse des Rechtsstaates und der Kulturträger, die Konflikte zwischen Wunsch und Realität, zwischen Lust- und Realitätsprinzip ins Subjekt hineinzuverlagern. Freud lenkte unsere Aufmerksamkeit auf den Erziehungsprozeß im "Schoße der Familie", auf die vielgestaltige, auf Lust gerichtete Sexualität. Diese wird im Rahmen der Sozialisation durch, von den Eltern erzwungenen Versagungen zur genitalen Sexualität der Erwachsenen formiert. Freuds Bestreben war es, das aus solchen Gewaltverhältnissen resultierende, individuelle Leid in kollektives Leid umzuwandeln, also das "private Glück/Unglück" in einen biographisch, aber auch kulturell historischen Bezug zu stellen.

"Herkömmliche" Psychologismen befördern Strategien der kulturellen Anpassung, indem sie diese ideologisch zu untermauern versuchen (wie Forschungen zu Individualität [Vereinzelung], Leistungssteigerung, etc) und reproduzieren somit kulturelle Gewaltverhältnisse, ohne auf die "Kosten" solch einer Ausrichtung aufmerksam zu machen.

Die Psychoanalyse ist aber kein Heilsinstrument, wie zB die Esoterik es vorgibt zu sein, oder andere, einfache Wahrheiten versprechenden Religionen oder Ersatzreligio-

nen, sondern ist Realitätsarbeit. »Nicht nur die bevorzugten Klassen, welche die Wohltaten dieser Kultur genießen, sondern auch die Unterdrückten können an ihr Anteil haben, indem ihre Berechtigung, die Aussenstehenden zu verachten, sie für die Beeinträchtigungen in ihrem Kreis entschädigt. Man ist zwar ein elender, von Schulden und Kriegsdiensten geplagter Plebejer, aber dafür ist man Römer.. die Identifizierung der Unterdrückten mit der sie beherrschenden und ausbeutenden Klasse ist aber nur ein Stück eines größeren Zusammenhangs« S. Freud, "Die Zukunft einer Illusion", 1905

Psychoanalyse ist heute brisant wie eh und je, gerade wegen der inhärenten Erkenntnismöglichkeiten und der kritischen Elemente. Vielleicht deshalb, oder da Freud mit seinen Theorien das Bild der sexuellen Entwicklung der Geschlechter entscheidend mitgeprägt hat, setzen sich Feministinnen heftigst mit dem alten Meister auseinander. Titel von Vorträgen wie "Die analytische Hausfrauehe mit Freud" oder "Die Bedeutung des Phallus", Arbeitsgruppen wie "Der Biß in den Apfel – oder was geschah mit Eva nach der Vertreibung aus dem Paradies? Über Liebe, Macht und Erkenntnis" lassen darauf schließen, daß die Sommer WERKSTATT, die vom 24. bis 30. September 89 in Salzburg stattfindet, wieder spannend und anregend sein wird.

Informationen: WERKSTATT für Gesellschafts- und Psychoanalyse, Mühlbacherhofweg 5, 5020 Salzburg

AutorIn:

Karl K., Verein WERKSTATT für Gesellschafts- und Psychoanalyse und Studienrichtungsvetreter am Inst f Psychologie, Salzburg

Termine:

Amerlinghaus; Wien 7, Stiftgasse 8:

Donnerstag 28. September:

19 Uhr

"Wohnungspolitik, Stadtforschung und alternative Wohnprojekte"

Diskussionsveranstaltung mit Kurt Vallaster (Wohnprojekt Floridsdorf, Bauleiter der Sanierungsarbeiten der Rosenhügelsiedlung), Wilfried Steiner (Institut für Stadtforchung), Martin Wurnig (Wohnprojekt Floridsdorf, Arch.) Wolfgang Förster (Österr. Wohnbund), Robert Elkner (Wohnprojekt S.A.R.G.-Fabrik)

Fr/Sa/So 29./30.9. und 1.10:

"Alt sein in Österreich"

Informationsveranstaltung mit Diskussion. Buchpräsentation "Neue Wege des Alters" (Wohnformen), "Gereatischer Lehrstuhl für Österreich?", "Mobile Hilfsdienste". In Zusammenarbeit mit Seniorenhilfe Junge Panther, nähere Informationen: Telefon: (0222) 78 83 38

Mittwoch, 11. Oktober:

Symposium der Grazer Autorenversammlung

»Kunst von Frauen — Frauenkunst?«

19.30 Uhr:

Lesung Waltraud Seidlhofer, Hedi Pataki.

Referat: Karin Rick (Lebensbedingungen von Künstlerinnen). Ausstellungseröffnung mit Beiträgen von I. Wald, N. bei, M, Blakout, K. Schöffauer, E. Weitzer ua

Donnerstag, 12. Oktober

19.30 Uhr

Lesung Elfriede Gerstl, Christine Huber. Referat: Petra Ganglbauer (Der Mut zum Fragment), Ulrike Zimmermann (Filmbeispiele).

Film: Ilse Kilic, Moucle Blackout

Freitag 13. Oktober

19.30 Uhr

Lesung Friederike Mayröcker, Karin Schöffauer, Krista Empinger
Referat: Lisl Ujvary (Kunst als Sprache des Körpers)

Performance: Christa Biedermann

Donnerstag, 19. Oktober:

»Schöne neue Männerwelt«

19.30 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Thema Gen- und Fortpflanzungstechnologie mit Dr Gudrun Hauer (Hosi), Dr E. Huber (Arbeitsinspektorsärztin), Susanne Fromwald (Gen-Ethisches Netzwerk), Lisbeth N. Trallori (Soziologin) und einer Vertreterin der "Frauen gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologie".

Betrifft: TATblatt

Nach eineinhalbmonatiger Sommerpause liegt dir nun also wieder ein TATblatt vor. Von alledem, was Österreich in dieser Zeit so bewegt hat (Noricum, Bundesheer-light, die Flüchtlingshilfeshow auf dem Rücken der DDR-Flüchtlinge, die Nummerntafeldiskussion,...) findet sich im TATblatt wie gewohnt wieder einmal gar nichts.

Doch trotzdem: es hat sich einiges geändert. Denn: zumindestens zum Teil haben wir unsere sogenannte Sommerpause dazu genutzt, einmal so richtig drauf los zu hackeln.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Zum Einen sind wir drauf und dran, »intern«, innerhalb des sogenannten Kollektivs, einiges zu klären. Das Durcharbeiten einiger über den ganzen Sommer, während sich die meisten anderen in die weite Welt abgeseilt haben, hat nämlich das Frustpotential unter den Zurückgebliebenen doch enorm ansteigen lassen. Und so gab es vor ein paar Tagen ein großes Raunz- und Krisenplenum, wo wir uns wieder einmal ausgesprochen haben.

Aus diesem Plenum läßt sich nun ein gehörig Maß an Hoffnung schöpfen, auf daß jetzt alles besser werden wird. Es schaut ganz so aus, als ob ein paar Leute aus dem TATblatt-Umfeld wieder mehr, und selbiges kontinuierlicher machen wollen.

Doch es geht nicht bloß darum, uns ständig selbst auf die Füße zu steigen, und uns gegenseitig zu mehr Arbeit anzuhalten. Wir wollen auch neue Leute erreichen. Dieser Wunsch ist aber auch nicht mehr der neueste. So kamen wir wohl oder übel nicht umhin, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, woran es wohl gelegen sein mag, daß Leute, die schonmal zu einem TATblatt-Plenum gekommen sind, es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein zweites Mal getan haben. Zum einen Teil, das mußten wir uns eingestehen, liegt es sicherlich an uns. Ist doch fast jedes Plenum eine eigenartige Mischkulanz aus unverbindlichen Diskussionen, organisatorischen Checks, netten Anekdoten und (angeblich kindischen) Witzelein. Und weder die alles dominierenden organisatorischen Angelegenheiten noch die Schmäh sind für Leute, die die wochenlange Vorgeschichte nicht kennen, verständlich.

Also haben wir uns fest vorgenommen, zumindestens interne Witze fortan zu unterlassen und das Organisationschecking neu zu organisieren. Da wir aber andererseits auch nicht glauben, daß das Problem allein an uns und unseren Chaotismen liegt, sondern auch etwas mit den berühmten Sachzwängen zu tun hat, die man/frau bloß überwinden muß um zu neuen Ufern aufbrechen zu

können, haben wir uns gedacht, wir machen ab sofort zusätzlich zum donnerstäglichen Plenum, jeden Montag um 16 Uhr eine öffentliche TATblatt-Kaffejause. Diese Jause wird jeden zweiten Montag raffiniertweise mit dem Zusammenlegen und Versenden der Zeitung verbunden, was zwar nicht ganz so erholsam, aber nicht minder kommunikativ ist. Zu diesen Anlässen wollen wir zwanglos über die Zeitung reden können und Gelegenheit haben, auf neue Leute einzugehen.

Welche das TATblatt kennenlernen wollen und sich vorstellen könnten, in irgendeiner Art oder Weise mitzumachen, sind somit herzlichst eingeladen. Der Montag, so stellen wir uns vor, ist die ideale Gelegenheit das TATblatt von innen kennenzulernen. Und wenn man/frau mal alles kennengelernt hat, ist das Plenum auch nur mehr halb so abschreckend (Es gibt wirklich schlimmere Plena auf der Welt!). Ganz viel leiwand würden wir es auch finden, wenn alle, die wir im Laufe unserer einjährigen Geschichte (bzw wenn wir die ganzen Vorbereitungsarbeiten für das »Projekt Zweitageszeitung« dazuzählen, gar fast zweijährigen Geschichte) schon abgeschreckt haben, wieder einmal vorbeischauen würden.

Unser Netz an Regionalgruppen ist während des Sommers auch beachtlich angewachsen. Ab sofort gibt es eine TATblatt-Gruppe in Linz! Regelmäßige Treffen finden schon statt — siehe TATblatt-Termine auf der nächsten Seite! In Bregenz ist gerade eine Gruppe im Entstehen. Mehr darüber berichten wir, wenn wir mehr darüber wissen.

Punkto Verbesserungen internationaler Kontakte ist nicht ganz so viel geschehen, wie wir es uns vielleicht wünschen würden, aber immerhin ein bißchen was.

Nach außen hin präsentieren wir uns auch ein klein wenig anders. Das Layout konnte zahlreichen LeserInnenwünschen folgend, dank mühseliger Programm-Schnorrereien nun etwas verdichtet werden (kleinere und dennoch einwandfrei lesbare Schrift,...), der Druck wird dank technischer Innovationen auch immer besser, und und und. Der gute alte »TATblatt-Baustein«, der bei uns das war, was anderswo »Abo« genannt wurde, ist im Sommer der Übermacht der Sprachherrschaft zum Opfer gefallen. Ab sofort gibt es auch beim TATblatt stinknormale Abos. Nur auf den Erlagscheinen wird es noch einige Zeit den Aufdruck »Baustein« geben, weil wir selbstverständlich vergessen haben, neue zu bestellen.

Woran es uns immer noch fehlt, ist ein größeres Büro (ein irrsinnig günstiges

hatten wir schon in Aussicht gehabt. Einer aus dem Kollektiv kam aber im letzten Moment auf die verheerende Idee, daß wir uns vorher ausrechnen sollten, ob wir es uns auch leisten können, und damit waren alle unsere Auszieh-Wünsche fürs Erste mal gestorben). Hier im hintersten Winkel dieses Gemeinschaftsbüros am Margareten-gürtel ist es uns jedenfalls absolut zu eng! So kann es auf die Dauer nicht weitergehen!

Und damit wären wir auch schon beim Thema Geld. Obgleich wir zukunftsweisend wie noch nie, drauf und dran sind, die Papierrechnung schon bezahlen zu können, obwohl wir noch gar kein neues brauchen, mangelt es doch noch an zahlreichen Ecken und Enden. Wir selbst bekommen für unsere Arbeit natürlich keinen Schilling. Ganz im Gegenteil. Aus diesem Grund möchten wir euch wie immer auffordern, den einen oder anderen Geldbetrag dem TATblatt zukommen zu lassen (P.S.K. 7547 212, lautend auf »Unabhängige Initiative Informationsvielfalt«)

Eine — wie angekündigt — vorbereitete Werbecampagne, können wir uns jetzt leider zum Großteil in die Haare schmierem, nachdem die Post uns unser Plakat-Motiv mit dem Figl, der vom Belvedere aus anstelle des Staatsvertrages ein TATblatt der jubelnden Menge präsentiert, gestohlen hat. Auf einem Post-Werbeinserat haltet er eine Telexrolle in den Händen. Das wirft uns in zweierlei Hinsicht zurück. Erstens, weil wir uns was neues überlegen müssen, und zweitens, weil es doch zu Denken gibt, wenn ausgerechnet ein so renommiertes Staatsunternehmen, wie die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung, unsere Ideen als nachahmenswert erachtet. Bis zur Klärung dieses Problems überlegen wir halt mal.

Noch ein paar Worte zu dieser Nummer:

Durch die lange Erscheinungspause sind soviel Materialien und Artikel zusammengekommen, daß sie unmöglich alle in diesem TATblatt Platz finden konnten. Zahlreiche nicht aktualitätsgebundene Artikel wurden daher aufgeschoben. Ebenso sind die Serie »Freischaffende Subversion«, eine weitere vorbereitete Serie, über die wir aber jetzt noch nichts sagen wollen, die Strahlenmeßwerte der Gamma-Strahlenmeßstelle und die LeserInnenbriefe dem Platzmangel zum Opfer gefallen. Wird aber alles nachgeholt!

In diesem Sinne bis zum nächsten TATblatt:

Liebe, Kraft und Baba
einer vom TATblatt-Kollektiv.

TATblatt

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw. welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller

Telefon: (0222) 54 23 07

Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

Treffen alle 14 Tage: Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen.

Kontakt-Telefonnummern:

(0316) 96 23 63 (Elisabeth)

(0316) 83 57 79 (Christof)

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch 20 Uhr

Andreas Hofer Stüberl

Andreas Hoferplatz 3

4020 Linz

P.b.b. Verlagspostamt 1050 Erscheinungsort Wien

An:

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282

Telefon: (0222) 54 23 07

Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212

DVR Nr: 0558371

Druck: Eigendruck

Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens na-

türlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. – ... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugesandt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

(Stand September 1989)

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- VKA (6, Stiepengasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Belsin:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21; ab Oktober)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

Schwertberg:

- Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josef-tal 21)

Wir suchen laufend weitere Verkaufsstellen! Die Verkaufsstellen werden laufend mehr!